

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 16. Februar 1928
10. Jahrgang Nummer 40

Erstausgabe täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,50 RM., monatlich 2,25 RM., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen, monatlich 2,25 RM., unter Einbehalten 2,50 RM. Einzelnummer 10 Pf. Die geschäftlichen Mitteilungen über deren Raum 12 Pf. Vereins- und Versammlungsbekanntgaben 6 Pf. Metallarbeiter: Die dreigespaltenen Mitteilungen über deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluß der Inseratenannahme u. des Haupt-Expeditions-Uhrs: in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Kreuzberg Straße 60, Telefon 4710. Postfach 101: Breslau 544, Reibitzgasse 10, Telefon 55. Telephon Ring 8837. Geschäftsstelle der Expedition: von 12-18 Uhr, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filial-Expeditionen: Glatz, Hildesheimerstr. 25, Telefon 111. Glatz: Glatz, Telefon 2354. Geschäftsstelle: von 8-12 Uhr. Geschäftsstelle am Hauptverlagort Breslau. — Verlags: Schiel, Reichsstraße 10, m. B. Breslau. — Druck: „Neubau“ Berlin, Fil. Breslau, Kreuzberg Str. 60.

Arbeitsgemeinschaft statt Bürgerblod!

Arbeiterfront gegen Bürgerblodfront

Seit Monaten ruft die kommunistische Partei auf zu Wachsamkeit und Kampfbereitschaft gegen die neue Offensive der Großbourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. In allen Betrieben herrscht stärkste Empörung über die Provokationen der Bürgerblodunternehmer. Millionen sind bereit, zu kämpfen für Lohn- und Verkürzung der Arbeitszeit. Alle Erfahrungen der letzten Monate haben wiederum bewiesen, daß es für die Arbeiterfront

kein Brot ohne Kampf

gibt. Aber trotz des Kampfwillens von Millionen deutscher Arbeiter war

das Jahr 1927 ein Jahr der Niederlage

der Arbeiterfront. Trotz Hochkonjunktur und Milliardenprofiten der Bourgeoisie wurde dem werktätigen Volk der Brotkorb immer höher gehängt. Die Ursache dieser Niederlagen ist, daß der kampfbereiten Arbeiterklasse nicht nur die mächtige Einheitsfront des Truskapitals gegenübersteht, sondern daß das

Truskapital durch das Schlichtungs- und Schiedspruchssystem des Bürgerblods mit der reformistischen Bürokratie verbündet ist.

Fast alle Bewegungen für Lohn- und Arbeitszeitverkürzung wurden durch die Schiedsprüche der Bürgerblodschlichter, denen die reformistische Bürokratie zustimmte, abgewürgt. Für das Jahr 1928 ist die Lösung der Großbourgeoisie:

Lohnabbau für die gesamte Arbeiterfront.

Die Lösung der reformistischen Bürokratie: Unterwerfung unter die Schiedsprüche der Schlichter des Truskapitals. Das Schlichtungssystem ist die Fessel, die die Arbeiterklasse an das Truskapital fesselt und sie verhindert,

Ihren Willen zum Kampf in die Tat umzusetzen.

Die Verhinderung des Schlichtungssystems, die Ablehnung der Durchführung der Schiedsprüche des Bürgerblods ist die erste Voraussetzung für die Herstellung einer

kampffähigen Einheitsfront gegen die Offensive des Truskapitals.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Das müßt ihr jetzt erkennen, wo die Bourgeoisie die

Ausperrung von 800 000 Metallarbeitern

ankündigt. Eine Arbeiterkategorie nach der anderen kommt an die Reihe.

Im Dezember erfolgte die Ausperrungsdrohung an die Glühbirnenarbeiter. Der Schlichter griff ein — das Truskapital siegte. Jetzt sind die Metallarbeiter an der Reihe. Die Bergarbeiter, Chemiarbeiter, Eisenbahner sind die nächsten.

Eine Arbeiterschicht nach der anderen soll niedergeschlagen werden.

Die Arbeiterfront soll gespalten werden. Das muß um jeden Preis verhindert werden. Denn sonst ist die Niederlage aller Arbeiter besiegelt. Deshalb ist die

Sicherung des Kampfes der mitteldeutschen Metallarbeiter

entscheidende Aufgabe der deutschen Arbeiterfront.

Wenn die mitteldeutschen Metallarbeiter geschlagen oder unter einen Schiedspruch des Bürgerblods gezwungen werden, dann sind nicht nur die Lohnbewegungen der Metallarbeiter ganz Deutschlands erledigt, sondern dann werden auch für die Arbeiter der anderen Industrien

alle Tarifabschlüsse nach dem 1. April im Zeichen des Lohnabbaues stehen.

Sieg in Mitteldeutschland! — das ist jetzt die entscheidende Lösung des Kampfes gegen die Ausbeuteroffensive.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Sammelt in den Betrieben, in allen Arbeiterorganisationen, zwingt die Kommunalparlamente zur Unterstützung des mitteldeutschen Kampfes. Kein Arbeiter darf aus Not zum Streikbrecher werden. Faßt Solidaritätsresolutionen, veranlaßt in allen Gewerkschaften

Rundgebungen der Solidarität mit Mitteldeutschland.

Demonstriert in allen Orten Deutschlands für die Forderungen des Proletariats. Beantwortet die Ausper-

Ein Maulkorbabkommen

zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten

(Fig. Draht.) Berlin, 16. Februar.

In den interfraktionellen Besprechungen, die gestern stattfanden, wurde durch die Bürgerblodparteien noch einmal offiziell festgestellt, daß das Schulgesetz gescheitert sei. Im Anschluß daran geht durch die beteiligte Presse ein großer Streit, bei dem Volkspartei, Deutschnationale und Zentrum sich gegenseitig die Schuld an diesem Bankrott des Bürgerblods zuzuschreiben versuchen.

Auch das Reichskabinett befaßte sich mit der Lage. Als letzter Termin für die Auflösung des Reichstages soll, wie die deutschnationale Presse meldet, der 31. März vorgezogen

sein. Als frühesten Wahltermin wird der 13. Mai genannt. Die Bürgerblodparteien haben sich, angeblich um die Erledigung des Etats und Notetats zu beschleunigen, auf eine weitere Ablehnung des Reichstages geeinigt. Die Redegabe soll allgemein beschränkt, der Etat in größter Eile, eventuell in Nachsitzen durchgepeitscht werden. Auch verpflichteten sich die Parteien, keine Agitationsanträge zu stellen.

Der deutschnationale Vizekanzler Dergt, hat die Führer der Sozialdemokraten und Demokraten empfangen und ihnen dieses Notprogramm zur Kenntnis gegeben. Beide erklärten sich damit einverstanden und sagten zu, daß sie alles tun würden, um die möglichst schnelle Verabschiedung des Etats zu ermöglichen.

Statt Kampfbeschlüsse — Phrasen

Beiratstagung des DMB. in Stuttgart

Stuttgart, 16. Februar. (Fig. Draht.) In der Sitzung des erweiterten Beirats des DMB. wurden zur Frage der bevorstehenden Erfassung der 800 000 Metallarbeiter u. a. zwei Entschlüsse angenommen. In der einen Entschluß heißt es: „Der Erweiterte Beirat erwartet (!) vom Vorstand, daß er Einfluß und Kraft des Verbandes seiner Pflicht und Notwendigkeit entsprechend einsetzt. ... Die vom gesamten Verband Deutscher Metallindustrieller angefordigte Ausperrung der deutschen Metallarbeiter ist eine Bedrohung der ganzen Bevölkerung, um dadurch die berechtigten Ansprüche der Arbeiter auf Sicherung ihrer Lebenshaltung und Teilnahme an der steigenden Ergiebigkeit der deutschen Produktion niederzuschlagen. Diese Ankündigung der Metallindustriellen ist zugleich eine Schädigung der deutschen Wirtschaft, (!) für die die Unternehmer die Verantwortung zu tragen haben. Der Deutsche Metallarbeiterverband steht den Maßnahmen der Metallindustriellen mit größter Ruhe entgegen, da seine Lohnforderungen berechtigt sind und schließlich im wohlverstandenen Interesse der gesamten Wirtschaft (!) liegen.“ Die zweite Entschluß stellt fest, daß infolge der Betriebsverbesserungen eine „außerordentliche Produktionssteigerung, Massenarbeitslosigkeit und soziales Elend eingetreten seien. Dann wird wörtlich gesagt: „Um diese Verschlechterung aufzuhalten, und eine Besserung der Wirtschaftslage zu erzielen, müssen alle die Konjunktur günstig beeinflussenden Faktoren zur Anwendung kommen; weitreichende Wohnungspolitik, soziale Gestaltung der Steuern, durchgreifende Maßnahmen gegen die monopolistische Marktbeherrschung, Abbau der Zölle, in erster Linie aber Stärkung der Massenkraft durch Lohn- und Arbeitszeitverkürzung, die der Produktionssteigerung entspricht. Sie ist nicht nur eine soziale Pflicht, sie ist von wirtschaftlicher Notwendigkeit.“

Vergebens wird die deutsche Arbeiterklasse in dieser Resolution nach irgendwelchen konkreten Maßnahmen im Hinblick auf die kommenden Kämpfe suchen. Statt zu beschließen, die Ausperrung mit dem sofortigen Massenstreik zu beantworten, appellieren die DMB. Führer an die Vernunft der Industriellen, im „Interesse der Wirtschaft“ doch eine Lohn- und Arbeitszeitverkürzung zu geben. Die geforderten 15 Pfennig werden nicht einmal erwähnt, d. h. man ist schon jetzt bereit, vor dem Schiedspruch des Arbeitsministers, ohne Rücksicht auf seinen Inhalt, zu kapitulieren — und damit nicht nur die mitteldeutschen Metallarbeiter, sondern alle deutschen Arbeiter um die dringend notwendige Lohn- und Arbeitszeitverkürzung zu bringen. Diese Niederlage gilt es zu verhindern. Gewerkschaftscollegen, beruft sofort Mitglieder- und Betriebsversammlungen ein! Veranlaßt Geldsammlungen zu Gunsten der Ausgesperrten. Beschließt die Ausperrung mit dem Sympathiestreik zu beantworten. Fordert die Fortsetzung des mitteldeutschen Kampfes bis zur Erringung der geforderten 15 Pfennig.

Die Dresdener Metallindustriellen für Ausperrung

Dresden, 16. Februar. Der Verband der Metallindustriellen Bezirk Dresden, hat in seiner gestrigen Generalversammlung einstimmig beschlossen, die Abwehrmaßnahmen des Gesamtverbandes Berlin zugunsten des bejammerten Mitteldeutschlands nachdrücklich zu unterstützen.

rungsankündigung für 800 000 Metallarbeiter mit der

Vorbereitung des Kampfes in allen entscheidenden Industrien.

Ihr könnt niemals geschlagen werden, wenn ihr der Einheitsfront des Truskapitals mit der Hindenburgrepublik eure proletarische Einheitsfront entgegensetzt.

Zersplitterung ist Niederlage. Geschlossene und kämpfende Einheit ist Sieg!

Arbeiter, Genossen! Zur selben Zeit, wo das Truskapital zu einem gewaltigen Schlag gegen das Proletariat ausholt, löst sich die parlamentarische Regierungskoalition des Bürgerblods auf. Die Reformisten rufen: „Der Bürgerblod ist geschlagen. Die Wahlen werden seine Niederlage vollenden.“

Die Kommunisten sagen auch: Der Bürgerblod lebt. Der Bürgerblod, das ist die Einheitsfront der Unternehmerverbände aller Parteirichtungen, das ist die Diktatur des Truskapitals, das ist die Politik der Ausperrungen, der Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Der Bürgerblod löst sich parlamentarisch auf, um bei den bevorstehenden Wahlen die werktätigen Massen von neuem als Stimmvieh zu gewinnen! Aber im Klassenkampf, im Kampf der Arbeiter um Brot und Arbeitszeit, ist der Bürgerblod nach wie vor unerschütterlich.

Ihr könnt den Bürgerblod vernichten, indem ihr den Kampf gegen die Offensive des Truskapitals mit dem Willen führt, den demokratischen Staat der Finanzkapitalisten, der Truskapitalisten, der Steuerräuber und Zollwächter zu zertrümmern, die politische und wirtschaftliche Macht für die Arbeiterklasse allein zu erobern.

Die Diktatur des Proletariats auszurichten, die ein für allemal der Politik der Ausperrungen, der Ausbeutung der Arbeiterklasse ein Ende setzt!

Gegen die Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik — die kämpfende Einheitsfront des Proletariats!

Gegen die Diktatur des Truskapitals — den Kampf um die Enteignung der Bourgeoisie!

Jetzt gilt es für alle deutschen Arbeiter: alles für den Sieg des roten Mitteldeutschlands!

Durch den Kampf der Millionen zum Sieg über das Truskapital und seine Hindenburgrepublik!

„Es riecht schon“

(Fig. Drahtber.) Berlin, 16. Februar.

Als Präsident Adde den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums aufstellt, wendet Genosse Höllein ein: „Hat das denn noch Zweck? Präsident Adde: „Sind Sie so genau über die politische Lage informiert?“ Gen. Höllein: „Ja, es herrscht doch starker Verwehmungsgeruch.“ Präsident Adde: „Jedenfalls können wir wohl diesen Etat noch zu Ende beraten.“

Es folgt das Kapitel „Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“.

Brey (Soz.) befragt sich darüber, daß auf Grund der Bedürftigkeitsprüfung Unterstufungen zu Unrecht abgelehnt worden seien.

Demeter (Dnt.): Die Möglichkeit, ein halbes Jahr von der Unterstufung zu leben, führt ferner dazu, daß ständige Arbeit überhaupt abgelehnt und nur hoch entlohnte Saison- oder Gelegenheitsarbeit abgenommen werde. (I)

Demeter (Dem.): 60 000 Arbeiter suchten nach der neueren Statistik vergeblich Beschäftigung in der Landwirtschaft.

Reichsarbeitsminister Brauns: Die Arbeitslosenunterstützung ist nur für Ausnahmefälle da, berufsbahige Arbeitslosigkeit ist aber ein Regelfall.

Genosse Reddermeyer: Das Arbeitslosenversicherungsgesetz enthält eine solche Fülle von Klippen und Fallen, daß es nur den allerwenigsten Erwerbslosen gelingen kann, sich darin zurechtzufinden. Der § 92 gestattet „jede Ermittlung“. Während die Kriegsbeschädigten immer gern feststellen, daß der Mann noch gar nicht so krank ist, ist es hier natürlich umgekehrt. Die Ärzte werden als Unterstützungsmittel benutzt, um bei den Erwerbslosen die sogenannte „Arbeitsunfähigkeit“ festzustellen. Eine andere Klippe ist die sogenannte „Arbeitswilligkeit“. Angeblich soll auch die Pflichtarbeit mit Ausnahme der Jugendlichen durch das Gesetz beseitigt sein. In Wirklichkeit ist dies nicht der Fall, wie sich an zahlreichen Beispielen beweisen läßt.

Die Interpellation der Bürgerblockparteien wagt zu erklären, daß die Arbeitslosen faul und arbeitslos seien.

Genosse Reddermeyer schildert das Vorgehen des sozialdemokratischen Stadtrats Brühl in Berlin, der versucht, durch eine besonders reaktionäre Auslegung des Gesetzes die Erwerbslosenunterstützung zur Ausnahme und die Krisenunterstützung zur Regel zu machen. Selbst der Spruchauschuß mußte bei Behandlung einen Protestes anerkennen, daß der Sozialdemokrat Brühl das Gesetz falsch auslegt.

Genosse Höllein spricht zum Kapitel „Wohnungs- und Siedlungswesen“. Wenn von der Reichsregierung nicht Mittel zur Verfügung gestellt werden, wird es im Jahre 1928 mit dem Wohnungsbau sehr schlimm ausfallen. Wenn wir aus der Wohnungsnot herauskommen wollen, muß ziel- und planmäßig daran gegangen werden, nach einem großzügigen Bauprogramm für zehn Jahre zu bauen. Man müßte jährlich mindestens 360 000 Wohnungen herstellen, um in einer zehnjährigen Bauperiode die Wohnungsnot zu beheben. Wir Kommunisten haben bereits im Hauptausschuß einen entsprechenden Antrag gestellt und auch den Weg gezeigt, auf dem ein solches Bauprogramm durchgeführt werden könnte.

Gleichzeitig preußische Wahlen

Berlin, 15. Februar. Wie verlautet, haben in Preußen schon vor längerer Zeit interfraktionelle Besprechungen der Regierungsparteien stattgefunden, in denen zum Ausdruck kam, daß für den Fall der Auflösung des Reichstages auch der Preussische Landtag aufgelöst werden soll, um eine gleichzeitige Neuwahl für beide Parlamente vornehmen zu können.

Ein Geheimfonds der Provinz Brandenburg

In dem am Sonntag durch den Oberpräsidenten Dr. Maier eröffneten 68. Brandenburgischen Provinziallandtag brachte die kommunistische Fraktion eine Anfrage über einen Geheimfonds der Provinzialverwaltung ein, die im weiteren Verlaufe der Sitzung sensationelle Enthüllungen nach sich zog.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Eichwartz machte nunmehr in der Debatte über den Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses

genauere Mitteilungen. Danach handelt es sich um einen schwarzen Fonds in Höhe von 630 000 Mark, von dessen Bestehen der Provinziallandtag nicht in Kenntnis gesetzt worden ist. In den Jahren 1924 bis 1927 sind annähernd 550 000 Mark ausgegeben worden, und zwar fast durchweg für dunkle Geschäfte, an denen sich der Sohn und der Schwiegersohn eines Beamten der Provinzialverwaltung beteiligten.

Der Landesdirektor v. Winterfeldt mußte das Bestehen dieses Geheimfonds zugeben und versuchte vergeblich, die Sache als harmlos darzustellen. Die Deutschnationalen verlangten sogar ganz offen, daß über diese sensationelle Korruptionstafel nichts an die Öffentlichkeit gelangen dürfe. Selbst den sozialdemokratischen Fraktionsführern schienen die Enthüllungen ihres Parteigenossen außerordentlich unangenehm zu sein. Die SPD stimmt gemeinsam mit den Deutschnationalen den kommunistischen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nieder und war lediglich für eine nochmalige „Nachprüfung“.

Groeners Geheimfonds

Die SPD. stimmt für Unterstützung der bürgerlichen Olympiade

(Fig. Drahtber.) Berlin, 16. Februar.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages trat in die Einzelberatung des Gesetzes ein. Längere Aussprachen entspannen sich um das Bildungswesen und die Versorgung der auscheidenden Reichswehrsoldaten. Ein kommunistischer Antrag auf Streichung des Geheimfonds von 1 Million Mark zur persönlichen Verfügung des Reichswehrministers wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Während die Geheimfonds des Außenministers (8 Millionen Mark) der Rechnungslegung vor dem Rechnungshof unterliegen, unterbleibt bei Groeners Fonds jede Rechnungslegung, der Ausschuß verzichtete auch auf jede Auskunft über die Verwendung dieser Mittel.

Ein kommunistischer Antrag auf Streichung von 30 600 Mark für Beteiligung der Reichswehr an Freizeiten und von 74 000 Mark für Beteiligung an der Olympiade 1928 wurde von allen Parteien, vor den Deutschnationalen bis zur SPD, gegen die kommunistischen Stimmen abgelehnt.

Bergarbeiterentlassungen im Saargebiet

M. Saarbrücken, 14. Februar. Die französischen Bergwerksdirektionen haben mit den angekündigten Massenentlassungen von Bergarbeitern bereits begonnen. Auf der Grube „Wespen“ wurde eine Anzahl Arbeiter mit einer Schichtvergütung freigestellt. Auf der Grube „Postenbach“ wurde den Bergleuten, die im Alter von 54 bis 62 Jahren stehen, gekündigt. Man spricht sogar von einer Stilllegung dieser Grube.

Fünfzehn Monate Festung für drei Flugblätter

Die erste Amtshandlung von Niedners Nachfolger

Zu der Verurteilung des Kameraden Franz wird aus Leipzig noch folgendes mitgeteilt: Der Prozeß gegen Franz erfolgte unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Lorenz, dem Nachfolger von Niedner. Das ganze Verbrechen von Franz bestand darin, daß er während der Übung eines Reichswehrregiments im Frühjahr 1927 in Schlesien an ein paar Reichswehrsoldaten die Schrift „Der Reichswehrsoldat“ gab. Diese Schrift machte die Soldaten auf die drohende Kriegsgefahr, die sich insbesondere gegen Sowjetrußland richtet, wie auf den neuen deutschen Imperialismus aufmerksam. Der Angeklagte hatte drei Exemplare in seinem Besitz, zwei davon verteilte er, und das dritte wurde bei seiner Verhaftung bei ihm vorgefunden. Mit Recht wies der Verteidiger, Rechtsanwalt Barbaich, darauf hin, daß der Kampf und die Agitation gegen den imperialistischen Weltkrieg formal nichts

Unverbotenes ist. Die Klassenrichter sind aber anderer Meinung, sie stempten diese Agitation zur „Versehung“ und fällten das unerhörte Urteil.

Der Reichsanwalt, der 1 Jahr 6 Monate beantragt hatte, erklärte sogar, daß Franz eigentlich ins Zuchthaus gehöre. So erweist sich die Reichsgerichtsjustiz als ein gutes Werkzeug des neudeutschen Imperialismus.

Zwei Jahre Gefängnis wegen antimilitaristischer Propaganda. M. Paris, 14. Februar. Der flüchtige kommunistische Deputierte Duclax wurde von der Strafkammer Boulogne-sur-Mer wegen antimilitaristischer Propaganda im Abwesenheitsverfahren zu zwei Jahren Gefängnis und dreitausend Franken Geldstrafe verurteilt.

Vom Tage

Aus Briefen von Erhardt vom Oktober 1927 geht hervor, daß dieser Ruchst weiter die engsten Verbindungen mit führenden Persönlichkeiten der Reichswehr und der Reichsmarine unterhält.

In einem zweiten Prozeß über die Krensdorfer Vorgänge, der am 22. Februar in Fürstenaalbe stattfand, werden die Anführer des Nordes an den Reichsbannerleuten, die Wehrvolkliste Bente und Hoffmann, wegen „gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung“ angeklagt.

Um zu beweisen, daß der bekannte Ausspruch von Heine über den Rabbi und den König auch heute noch zutrifft, haben die elsass-lothringischen Rabbiner durch ihren Präsidenten Bloch den Ministerpräsidenten Poincaré zur Unterdrückung der Autonomistenbewegung beglückwünscht.

Die Pariser Postzeit verhaftete den österreichischen Genossen Schikeller unter der Beschuldigung, daß er im Auftrage der 3. Internationale kommunistische Fraktion unterstülze und transportierte ihn zur Ausweisung an die Grenze.

Wie sie schwindeln

Je mehr die Maslow-Scholem-Gruppe in innere Schwierigkeiten kommt und ihr die wenigen Arbeiter, die hinter ihr standen, davonlaufen, desto mehr sucht sie mit Schwindelmethoden gegen die Partei zu arbeiten. So behauptet der Führer „Vollst.“, daß die kommunistische Reichstagsfraktion sich an den Verhandlungen zur Bergwerkstung der kleinen Splitterparteien im Reichstagsrat beteiligt habe, ferner hätte die kommunistische Reichstagsfraktion „Verhandlungen“ über die Umverteilung und den Zentraleprozeß geführt. Selbstverständlich handelt es sich auch bei diesen Behauptungen um die üblichen Maslowschen Schwindeleien. Es ist wohl kaum notwendig, ausdrücklich festzustellen, daß die Behauptungen des Führer „Vollst.“ völlig unmaß und aus der Luft gegriffen sind.

Kleine politische Nachrichten

Unter dem Verdacht des Fememordes verhaftet. M. Bremen, 16. Februar. — Auf Ersuchen des Untersuchungsrichters in Stettin wurde der in Bremen wohnhafte Arbeiter Oswald Fräbel, der früher der Organisation Rothbach angehörte, wegen Verdachts der Beteiligung an einem Fememord verhaftet. Der Verhaftete wurde zur Vernehmung durch den Untersuchungsrichter von Stettiner Kriminalbeamten nach Stettin übergeführt.

Hindenburg als Gast bei Lobe. M. Berlin, 16. Februar. — Am Mittwochabend fand beim Reichstagspräsidenten Lobe ein parlamentarischer Abend statt, zu dem mehr als 400 Personen erschienen waren. Unter den Gästen befand sich auch Reichspräsident von Hindenburg und Staatssekretär Meißner.

LOURDES

Von EMILE ZOLA

115

„Ach“, sagte sie, „die arme Frau, die so in der Ferne, so allein in der Stunde der Wiegeburt sterben mußte.“

Nach Ferrand war trotz seiner herausragenden Indifferenz tief gerührt. Er war näher getreten, um den Tod zu konstatieren; auf ein Zeichen von ihm war! Schwerer Hyazinthe das Bettuch über die Lote und bedeckte deren Gesicht. Denn man durfte nicht daran denken, in diesem Augenblick den Sargman fortzutragen. Die Kranken kamen truppweise vor der Grotte zurück, und der bisher so ruhige, vom Sonnenlicht erfüllte Saal füllte sich wieder mit seinem Getöse von Eulen und Leiden, mit tiefem Seufzen, schleppenden Schritten und jammervoller Aufregung aller menschlichen Gebräue.

II.

In diesem Montag war der Jubel zur Grotte unerhört groß. Es war der letzte Tag, den die nationale Pilgerfahrt in Lourdes verbringen sollte, und der Vater Ferrand hatte in seiner am Morgen gegebenen Verabschiedungsrede gesagt, man müßte die höchste Kraft des Gutes und Glaubens aufwenden, um vom Himmel alles das zu erlangen, was er wohl an Glauben und wunderbaren Heilungen würde gewähren wollen. Deshalb waren auch seit zwei Uhr nachmittags zwanzigtausend Stehende und von den glühendsten Hoffnungen erregte Pilger am Platz. Der Neugierde wegen wurde fortwährend von Minute zu Minute in einem solchen Grade, daß der Herrgott seine erschreckt aus der Grotte heraustrat, um Bericht zu machen.

„Mein Ferrand, wir werden gleich übersetzt werden; ganz genau verdoppeln Sie Ihre Aufmerksamkeit, und bringen Sie Ihre Leute näher heran.“

Die Hospitalität von Notre-Dame de Salut war allein mit der Aufrechterhaltung der guten Ordnung beschränkt; denn es gab da weder Aufseher noch Polizisten irgendwelcher Art. Das war auch der Grund, weshalb sich der Präsident des Vereins damit bemühete, Verstand jedoch war, wenn es Ernst galt, ein Vorsteher, auf den man sich verlassen konnte.

„Haben Sie keine Sorge“, erwiderte er, „ich habe für alle Sorge.“

gesten vorübergezogen ist.“

Inzwischen rief er Gérard mit einem Zeichen zu sich.

„Gib Deinen Leuten die strengste Weisung!“ sagte er. „Sie dürfen einzeln und alle jene Personen passieren lassen, die mit Karten versehen sind. Und halte sie nahe beieinander; sage ihnen, sie sollen das Seil kräftig festhalten!“

Unter den Ephoranten, welche den Felsen besaßen, öffnete sich die Grotte und glänzte in der ewigen Luft ihrer Felsen. Von fern zeigte sie sich etwas gedrückt, unregelmäßig rag und bescheiden, ungeachtet des Hauges der Unendlichkeit, der von ihr ausging, jedes Angehörig bleicher machte und alle Häupter bezog. Die Statue der Jungfrau war nur noch ein weißer Fleck, welcher sich in der zitternden, von den kleinen gelben Flammen erhitzten Luft zu bewegen schien. Man mußte sich aufrichten, dann erkannte man hinter dem Gitter die verschwommenen Umrisse des silbernen Altars und des aus seiner Decke gezogenen Harmoniums, die auf Hanssen geworbenen Blumensträuße und die Weisbilder, welche die räumigen Wände kunstfertig schmückten. Es war ein wunderbar schöner Tag; noch niemals hatte sich ein reinerer Himmel über der unermesslichen Menschenmenge ausgedehnt. Hauptächlich erquickend zeigte sich der milde Wind nach dem nächtlichen Gewitter, das die allzu brüderliche Hitze der ersten zwei Tage zum Sinken gebracht hatte.

Gérard mußte von den Ellenbogen Gebrauch machen, um seine Befehle zu wiederholen. Schon gab es hier und da Stöße.

„Neh zwei Mann hierher! Stellen Sie sich in Reihen zu vier auf, wenn es nötig ist, und spannen Sie das Seil gut an!“

Zu der Menge offenbarte sich ein unerbittlicher, instinktiver Trieb; die zwanzigtausend Personen, welche am Platz waren, fanden sich von der Grotte gleichsam angezogen; sie gingen zu ihr, wie von einer unwiderstehlichen Kraft getrieben, in welcher sich brennende Kräfte mit dem Dampf nach dem Myrtensbaum vermischte. Alle Augen richteten sich auf einen und denselben Punkt: jeder Mund, alle Hände und alle Leiber wurden dem heiligen Harmonium der Felsen, dem weißen, beweglichen Frieden entgegengetragen, welchen die Harmonik der Jungfrau bildete. Und damit der breite, den Kranken vorbegeleitete Raum vor dem Gitter von dem nachgehenden Menschenstrom nicht überfüllt wurde, hatte man ihn mit einem dicken Seil umgeben müssen, das die Säulenstützen in Zwischenräumen von zwei oder drei Meter mit heißen Händen festhielt. Sie hatten den Befehl, nur die Kranken einzutreten zu lassen, welche eine von der Hospitalität ausgehende Karte bei sich führten, oder aber jene wenigen Personen, die mit einer besondern Er-

mächtigung versehen waren. Sie stiegen es dabei bewenden, das Seil aufzuheben und dasselbe hinter den Auserwählten wieder fallen zu lassen, ohne irgendwelchen anderen Willen Gehör zu schenken. Sie zeigten sich sogar ein wenig barsch, da sie unbewußt Vergnügen daran hatten, die Macht und Gewalt auszuüben, mit der sie nun für einen Tag bekleidet waren. Man stieß sie wirklich heftig herum, und sie mußten, sich gegenseitig stützend, mit der ganzen Festigkeit ihres Rückgrats Widerstand leisten, um nicht mit Gewalt fortgerissen zu werden.

Während sich Johann die Hände vor der Grotte und der weite, abgeordnete Platz mit Kranken, kleinen Wagen und Tragbahnen anfüllte, trieb sich die Menge, die unermessliche Menge, in der Umgebung herum. Man ging vom Platz der Rosenkränze aus und verlor sich in der Tiefe des den Grotte entlassenden Spazierwegs. Auf der ganzen Länge desselben war das Trottoir schwarz von Leuten, schwarz von einer so dichten Menschenmenge, daß der Verkehr gehemmt wurde. Auf der Brustwehr saßen Frauen in endloser Reihe; einige standen sogar darauf, um besser zu sehen, und ließen die Helle, festlich heitere Seite ihrer Sonnenschirme im Licht der Sonne schimmern. Man hatte eine Idee freibehalten wollen, um die Kranken an ihr herbeizuführen. Aber sie wurde fortwährend von der Menge überlaufen und versperrt, so daß die Wagen und Tragbahnen überflutet und verloren auf dem Weg blieben, bis ein Säulenstütze ihnen Platz machte. Die große, umhertrampelnde Herde zeigte sich jedoch folglos und willig und als eine Menge von ungeschicklichen, launestrommen Leuten. Niemand war ein Unfall vorgekommen, trotz der nach und nach sich steigenden Aufregung, welche die Leute in ein zügelloses Glaubensdelirium versetzte.

Der Baron Suite dachte sich abermals einen Durchgang.

„Verstaud!“ rief er, „Verstaud! Geben Sie doch darauf acht, daß der Vorbeimarsch langsam vor sich geht! Man erstickt ja Frauen und Kinder im Gedränge!“

„Ach! Ach!“ sagte er, „ich kann nicht überall sein! Schließen Sie doch einen Augenblick das Gitter, wenn es nötig ist!“

Es handelte sich um den Zug, den man während des ganzen Nachmittags die Grotte passieren ließ. Die Gläubigen traten zur linken Seite ein und durch die rechte wieder heraus.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Arthur Dombrowski, für „Vertrieb und Vertrieb“ und „Vertrieb“ Wilhelm Krieger, für „Vertrieb“ und „Vertrieb“ und die übrigen Verleger Alfred Dornau, sämtlich in Berlin. — Für den obersten Teil des Textes, von „Vertrieb“ bis „Vertrieb“ für „Vertrieb“ und „Vertrieb“.

Josef Lomnik

Ring 24
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
80184

Alfred Rauts, Abenteurerstr. 9
Kolonialw., Spirituosen, Weine, Zigarren
80158

G. Bechold, Bauhofstraße 8
Fleischerei u. Wurstw. / Fleischstube
80184

Feine Hochfein- und Wollwaren
Alfons Hackenberg, Nonnenstr. 22
80182

Breslauer Konfektionshaus

Ring Größtes Bekleidungshaus
Moderne Herren- u. Knabenbekleidung
80022

Hermann Fißler, Bögenstraße 3
Drogen- und Farbenhandlung
80254

Kleinsten Arbeitshosen / Schlosserhosen
Adolf Schütz
H o b-, Ecke Mittelstraße
80268

Otto Wittich, feine Fleisch- u. Wurstwaren
Karlstr. 4 und Fleischhauer Straße
80237

Karl Burkert, Münzstraße 8
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
80242

Möbel, Spiegel, Polsterwaren
Hermann Eisner
Bangstraße, Ecke Königsede
80250

Bettfedern-Reinlg. u. Desinfektionsanlt.
Wittigstr. 9 / Bettfedernhandlung
80249

Kredithaus Gehr. Metzker
Friedrichstraße 12
80203

Paul Hallmann, Hohstraße 16
Uhren und Goldwaren / Wehr.
80247

Josef Enzig, Dorwerkstraße 11
Fleisch- und Wurstwaren
Dienstag, Freitag und Sonnabend
Stand am Wochenmarkt
80238

Striegau-Gräben

Fleisch- und Wurstwaren
Paul Berschick, Gräben 8
80098

Hasselbach-Biere
zu haben bei
Paul Sperlich, Gräben 1
Telephon 286
80190

Kolonial- und Schnittwaren
Anna Köhler, Gräben
80090

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Hermann Weizig, Gräben 51
80092

Rasier- und Friseursalon
Erich Lange, Gräben 5
80091

Gasthaus „Zum Kronprinz“
Gräben
Inhaber P. Braun
empfehl. seine Gasträume, Saal u.
Garten zu allen Festlichkeiten
80093

Kaufhaus Gustav Köhler
Gräben
80084

Jauer

Billigste Bezugsquelle
für Konfektion
Max Oltrower, Goldberger Str. 34
80108

Gorkauer- u. Haale-Bier
empfehl.
Erich Kuppe, Bierverlag
Telephon 140
80108

Waldenburg, Ortsteil Neu-Salzbrunn
Willy Heyne, Hauptstraße
Kolonialwaren, Vorkost u. Süßfrüchte
Schokoladen und Tabake
Sämtliche Schulbücher am Lager
80294

A. Lack, Hauptstr. 170
Textil- und Arbeiter-Bekleidung
80239

R. Neumann, Partauer Straße 10
Brot- und Weißbäckerei
80280

Kolonialwaren, Zeisig-Handlung
Einkaufung von Eibern
K. Könnig, Hauptstraße 4
80285

Schwednitz

Billigste Bezugsquelle in: Kleidern, Seiden-
stoffen, Baumwollwaren — Damen- u. Kinder-
konfekt on, Gardinen in gr. Auswahl zu billigt. Preis.
Gebr. Domscheidt, Hoh-, Ecke Mittelstr. Wehr. 1010
80238

Herren- und Damenwäsche
Inletts, Bettfedern, Gardinen
Max Lebrecht, Buttermarkt
80248

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Hohstraße 22
80021

Kaufhaus Kaiser, Burgstraße 2
Glas, Porzellan, Stelngut
80305

Stadt Breslau großer holländ.
Angenehme Gastzimmer
Jeden Sonntag: Tanz
G. Czernetzki — Telephon 780
80160

Sollinger Stahlwaren und Hohlblecherei
Wilhelm Klose & Co.
Bögenstraße 11
80157

Willy Tönsmann, Grabenstr.
Motor- und Fahrrad-Industrie
Lagerbestand von circa 200 Fahrrädern
80019

Hüte, Mützen, Pelzwaren
laufen Sie preiswert bei
Otto Weiler, Bangstraße 28
80145

Karl Brauner, Bangstr. 46, im Grundhof
Nähmaschinen, Fahrradhandlung
Reparatur-Werkstatt
80286

Conrad Blüsch, Brot- und Feinbäckerei
Obers. Volkstr. 5 — Telephon 101
Spez. Steinmehlbrot, Rhein. Schwarzbrot
Westf. Pumpernickel
80304

Max Oertel, Böttnerstraße 7
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
80281

Paul Knobloch, Reichenbacher Str. 26
Kolonialwaren, Lebensmittel
80258

Eberhard Kalkbrenner, Bangstraße 44
Billigst. Bezugsquelle f. Seifen u. Waschartik.
80379

Ernst Fuchs
Bangstraße, Ecke Grolschstraße
Mitglied des Rab. Sparo. Schwednitz
Begründet 1887
Handarb., Kurz-, Weiß-, Wollwaren
Zeitfragen
Sämtliche Zutaten aus Schneiderei
Täglich Eingang von Neuheiten
80241

Schuhhaus Föster Langstr. 6
empfehl. sich bestens seiner wertigen Handarbeit
Reparaturen billigt
80244

Für Hochzeiten u. sonstige Fest-
lichkeiten kaufen Sie Weide gut u.
billig bei
Hermann Galle Nachf., Hohstr. 49
80311

Robert Herda
Hohstraße 12
Reberhandlung, Eohlenauschnitt
80220

Trinkt Haase-Kipke-Biere
A. Pförtner
80183

Kaufhaus
Leopold Prager, Ring 17
80252

Adolf Liesch
Schwednitz, Markt 30
Kaufhaus für Damen-Konfektion, Kleider- und
Seidenstoffe, Blechen, Inletts,
Gembentuche, Gardinen, Tisch- und Dimanden, Teppiche,
Bäuerstoffe, Steppdecken, Uinoleum
80281

Striegau

Fritz Köhler
Elektrische Anlagen
sämtliche Bedarfs-Artikel
Bahnhofstr. 34
80229

Bekleidungshaus M. Wolff, Ringstr. 19
Spezialgeschäft für fertige Herren-
und Knaben-Bekleidung
80230

Kaufhaus Bürgel
Schwednitz Straße 9
Haus- und Küchen-Geräte
Spielwaren
80097

Modewarenhaus Reinhold Schwabe
Ring 9
Damen- und Mädchen-Bekleidung
Stoffe aller Art Wäsche, Strümpfe usw.
80090

Billigste Bezugsquelle für
Qualitätswaren
Bekleidungshaus A. Ostrower
Ring 48
80098

Zigaretten, Zigaretten, Tabake, empfehl.
Josef Wenzel, Schwednitzer Str. 3
80096

Rasier- und Friseursalon
Richard Schober, Bahnhofstr. 21
80104

Ewald Fritsch
Fleischerei und Wurstwaren
Bahnhofstrasse 20
80106

Drogerie zum goldenen Becher
Josef Unsinger
Jnh. Apotheker Wih. Günther, Ring 36
80101

Stahlwaren-Schleifer Bruno Harldorf
Sohrenfriedberger Straße 10
80107

Haase- und Kipke-Bier Dresden
Berliner Weibler und Grätzer
Diverse Brunnen und Seiler
Limonsaden naturrein und nur
mit Zucker gesüßt
Otto Kosmahl, Striegau, Wilhelm-Str. 17, Tel. 128
Niergroßhandlung
und Fabrik alkoholischer Getränke
80194

Schuhwarenhaus Willy Heinemann
Wittigstrasse 1
empfehl. sein reichhaltiges Lager
80102

Kauft bei
Licht
Ring 32
80180

Bauschmann
Das gute Einkaufshaus
für Herren-, Damen- und Kinder-
Bekleidung
80103

Altwasser

Hugo Müller
Billigste Bezugsquelle für Kolonial-,
Schnitt- und Emaillewaren
Verkauf u. Maillewaren
Altwasser, „Eisernes Kreuz“
Sandberger Kaufhaus
80184

Emil Pillau, Breslauer Straße 63
Brot- und Feinbäckerei
80158

Gute Schuhwaren
bei Maibaum, Altwasser
80186

Zigarren, Zigaretten, Rauchtabak
Adolf Radler, Inh. Fritz Radler
Breslauer Straße 44
80188

Georg Anders
Breslauer Straße 54
Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren
80137

August Jung, Breslauer Straße 44
Kolonial-, Zigaretten u. Emaillewaren
80099

Fahrräder
Nähmaschinen
Kinderwagen
Oskar Hielscher, Poststr. 12
80147

Carl Schubert, Charlottenbrunner Str. 21
Beder- und Polsterwaren
80144

Gasthaus „Eisernes Kreuz“ / Telephon
Rc. 1138
empfehl. seine Lokale für
Vergnügungs- u. Versammlungszwecke
80138

„Weißes Roß“ Jnh. Bruno Grieger
empfehl. gr. Saal u. Vereinszimmer
zu Vergnügen u. Versammlungszwecken
80142

Roßfleischerei Wilhelm Rummel
Charlottenbrunner Straße 54
80143

Oswald Wolf, Kohlenstr. 5
Lebensmittelhaus
80148

Richard Ziel, Breslauer Str. 42
Feinruf 1621
Eisenwaren, Werkzeuge, Beschläge
Haus- und Küchengeräte
80134

Alois Raschke, Charlottenbrunner Str. 66
Brot- und Feinbäckerei
80141

H. Schubert, Charlottenbrunner Str. 6
Fahrräder, Nähmaschinen
Sprechmaschinen / Reparaturwerkstatt
Kinderwagen, Puppenwagen
80140

E. Schneider, Nachf., Inhaber Marie Eggert
Altwasser-Bahnhof
Damenputz
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
80146

Julius Mücke
Charlottenbrunner Straße 7
Bäckerei u. Konditorei
80145

Adolf Lobers, Breslauer Str. 32
Obst, Gemüse, Süßfrüchte
80136

Waldenburg

Konfektionshaus
Max Silbermann
Herren- und
Kinder-Bekleidung
Auenstrasse 55, am Sonnenplatz
80374

R. Karsunky
Möbel
Waldenburg, Ring 10
80310

F. Sölter & Starke

Gegründet 1787
Tuche, Kleiderstoffe, Damen-Konfektion
Paul, Wittmann & Sohn
Hauptstr. 5
80188

Hamburger Pflanzliche Pelzstrafe 16/18
Eggl. frische Seefische u. Räucherwaren
80187

Erich Schumann, Breslauer
Straße 6
Gasthof & Café
empfehl. sich bestens
80274

Clara Lison, Langstraße 29
Lebensmittel, Vorkosthandlung
80180

Wollerei Flegler, Anfang Peterstr.
empfehl. sich bestens
80291

Referent für Jagdwur
Emil Kalms, Langstraße 27
Räucherwaren und Seefische aller Art
80288

Schwednitz-Niederstadt

Bernhard Meiser, Reichenbacher Str. 18
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
80256

Getrocknete und Rohwurstwaren
Karl Giller, Grabenstraße 17
80281

Stadt Reichenbach, Gewandstr. 1
Kugen, Fein- u. Gold. Joh. Goum. Lang
80182

Schuhwarenhaus
Oskar Dresner, Reichenbacher Str. 10
80250

Fritz Felge, Hauptstraße
empfehl. sein bekannt. gutes Brot
und Hausbrot
80280

Weißstein

„Deutsches Haus“ (Def. G. Berger)
empfehl. seine Spezialitäten
Großer und kleiner Saal
Gesellschafts-Saal für Vereine und
hochzeitl. Veranstaltungen
80091

Maria Hübner, Hauptstraße 124
Bäcker, Papier- und Spielwaren
80282

August Teuber, Metzkergeschäft
Hauptstraße 88
80099

Gasthaus zum „Sicheren Erwerb“
H. Leopold, Hauptstr. 69
empfehl. seine Lokalitäten
80095

Karl Wichner
Hauptstraße 120
Uhren, Möbel, Haus- und Küchengeräte
80094

Wilhelm Schweitzer & Sohn
Schuhwaren und Leder
Weißstein, Bad Salzbrunn, Seidenberg
80085

Elsa Haupt, Hauptstraße 160
Spezialgeschäft f. Reste u. Schnittwaren
80096

Paul Heinze, Altwasserstraße 1
Markthalle Weißstein
Sämtliche Kolonialw., Obst u. Gemüse
80097

Hans Herzog
Altwasserstraße 4
Billigste Bezugsquelle
für Lebensmittel
80098

Bernhard Seidel, Flurstraße 2
Fleisch- und Wurstgeschäft
80090

Erich Cante, Salzbrunner Straße 46
Reste, Partien
Zeitfragen und Strumpfwaren
80379

Ernst Giersch, Mittelstraße 4
Möbel, Polsterwaren, Bettfedern
Arbeiterbekleidung, Schuhwaren
80371

Waldenburg
Fahrrad-Handlung
Friedrich Raizler
Auenstraße 48
Reparatur-Werkstatt
80378

Kaufhaus
Max Holzer
Friedländerstraße 10
80283

Dito's Schuhbeschlagnahme
Rab- und Reparatur-Werkstatt
Waldenburg, Friedländer Straße 10
Karl Dito
80281

Kauft bei
Jacobsohn Garten-
straße 6
80377

Kauf Möbel
bei Ferdinand Deutsch
Gottesberger Straße 26
80378

Roßschlächterei
Karl Herrmann
Mühlentstr. 37, Tel. 842
80384

Optiker Wde. Wehrstr. 18
 Brillen-Reparatur aller Krantenlassen
80376

D. Korn, Friedländer Str. 7
Für gute
Herren- und Knaben-Bekleidung
Allein-Verkauf der Firma
Louis Meisner, Bielefeld
80384

Reparaturwerkstatt
Karl Scholz
Einfachste Reparaturen
Schneckenstraße 3
80385

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

Heute

Donnerstag, den 16. Februar 1928 und
Freitag, den 17. Februar 1928, 5 und 8 Uhr

„Das neue Wien“
Im Beiprogramm das Lustspiel
„Moral“

Der Sittlichkeitsverein in der Kleinstadt
Für Jugend verboten!
Erwerbslose bis 5 Uhr mit Ausweis nur 20 Pf.
Sonst Einheitsplatz 50 Pf.
Neues Orchester!
Arbeiter-Sport-Kartell

Danksagung!

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme, bei der Beerdigung meines Mannes, sage ich allen Genossen und Genossinnen, sowie den Kameraden des RFB., besonders auch Genossen Dombrowski, meinen herzlichsten Dank.

Breslau, den 16. Febr. 1928

Berta Herden

Lederjaden Sportbillia, Herrenschuhe
7.75 Mk., Wintermäntel, Herrenstoffe,
Zigaretten, Zigarren weit unter Preis
Lombardhaus, Breslau, Salvatorplatz 4

Masken

und Theater-Kostüme
neu u. preisgekrönt - beliebt billigst
Größtes Spezialhaus
H. Wiersing, Breslau, Messergasse 30
Am Neumarkt - Tel. O. 996

RFB.- u. Partei-Lokal

Gasthaus „Zur Studentenblüte“
Anton Zoudlick
Breslau, Königsräter Straße 19



Buchdruckerei

Wir empfehlen unsere
zur Anfertigung von
Briefbogen und Rechnungen
Preislisten, Werken aller Art
Programmen, Einlasskarten
Flugblättern und Plakaten
bei allerniedrigster Preisberechnung
Spezialität: Massenaufträge
PEUVAG
Papier-Erzeugungs- u. Verwertungs-
Akt-Gesellschaft - Berlin
Filiale Breslau
Trebniitzer Str. 50 - Tel. Ring 1837

Infomorph

haben in unserer
Zeitung
Kaufan Erfolg

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)

Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 13
Idello
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 13
Der Freischütz
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 13
Hoffmanns Erzählungen
Sonnabend, 20 Uhr
Lang-Gastspiel
Pamistwa
Sonntag, 20 Uhr
In vollständiger Regenshenerung
Die tugendhaften Weiber von Windsor

Carl Bräuers Festäle

Gabitzstrasse 22
2. Großes Bockfest

Möbel

Küchen, kompl. 7-tlg. von 80.- Mk. an
Schränke, pol., 2-türig von 60.- Mk. an
Anzehtische von 38.- Mk. an
Polierte Stühle von 5.50 Mk. an
Preisw. Schlaf-Herren- u. Speisezimmer
Chaiselons, Sofas, Patent- u. Anlege-
matratz. u. alle Art. Einzel- u. Kleinmöbel
Biener & Dührig
Stühle und Möbel / en detail, en gros
Mühlbassstr. 107 u. Weinbergsweg 18.28

Vorsicht!

Wieder veruchen angebliche Interaten-Werber von der Fa. **S. A. Günther & Sohn, A.-G.** Berlin SW 11, Schöneberger Straße 9, bei den Interenten der „Arbeiter-Zeitung“ Gelder zu kassieren und unter Vorpiegelung falscher Tatsachen Abschlüsse für die „Arbeiter-Zeitung“ zu machen. Wir warnen hiermit die verehrte Geschäftswelt vor Abschlüssen mit Personen, die sich nicht mit einem Ausweis der „Arbeiter-Zeitung“ legitimieren können.

Berlag der „Arbeiter-Zeitung“

Uchtung! Händler und Wiederverkäufer

Billiges gespaltenes Brennholz hat abzugeben **Niedergasse 10**

Bestes trockenes Brennholz

1 Sack klein gespalten frei Keller **0.80 M.**
1 Sack grob gespalten frei Keller **1.00 M.**
1 Gebund ca. 38-40 cm Durchm. frei Keller **0.60 M.**
Bei Selbstabholung in der Anstalt billiger liefert:
d. städt. Holzspalteanstalt, Breslau 10
Niedergasse 10
Fernruf: Ring 6041 oder Mag. 61



GEORG FREY & CO. Neupl. Hansstraße 15 gegenüber d. Victoria-Theater, Fernruf-Ring 717-7119

Jahrhunderthalle

6 Tage Rennen

Vom Freitag, 17. Februar bis Donnerstag, 23. Februar 1928 mit den Mannschaften:

- vanKempen, Holland — Knappe, Breslau
- Girardenro, Italien — Rieger, Breslau
- Wambst, Frankreich — Laquehay, Frankreich
- Suter, Schweiz — Richli, Schweiz
- Dewolf, Belgien — Stockelynck, Belgien
- Binda, Italien — Tietz, Beilin
- Grimm, Amerika — Junge, Breslau
- Linari, Italien — Seiffert, Leipzig
- Tonari, Italien — Fräch, Breslau
- Kroll, Berlin — Miethe, Berlin
- Hürtgen, Köln — Rausch, Köln
- Ehmer, Berlin — Kroschel, Berlin
- Krollmann, Breslau — Skupinski, Breslau

Gültigkeit der Eintrittskarten:
Tageskarten von mittags 13 Uhr bis 17,15 Uhr,
Abendkarten v. abds. 18 Uhr bis morgens 6 Uhr

2 Kapellen

Innenraum: Kapelle Häusler
Vorverkauf: Siehe Plakate!

Der Ausverkauf

wegen Aufgabe der Geschäftsräume
dauert nur noch 3 Tage

Eilen Sie, denn Sie erhalten auf sämtl. Preise noch

- Siefinden noch reiche Auswahl in
- Baumwollwaren**
- Leinen / Ziechen**
- Inletts / Laken**
- Bett-Bezügen**
- Oberhemden**
- Herren- und Damen-Wäsche**
- Kurzwaren**
- Versand nach auswärts von Mk. 20.- an franko!
- Gardinen, Stores**
- Bettdecken**
- Divandeen**
- Tischdecken**
- Schlaf- und Reise-decken / Satin**
- Vorhangstoffen**
- Läuferstoffen**
- Berufs-Kleidung**



Bei 1/3 Anzahlung wird die Ware bis 6. März aufbewahrt
Schluss des Ausverkaufs Sonnabend abend 7 Uhr

Deutsches Kaufhaus

Ohlauer Straße 75 G. m. b. H. Ohlauer Straße 75



Koppel
„Einfach labellhaft“
so lautet das Urteil jeder
Maschinenschreiberin die auf der
„Koppel“
mit geräuschlosem Wagenradlauf
u. zwangweiser Großbuchstaben-
spezialschreib. Mech. nach Sie etc.
Versuch, Sie wird begeistert sein.
Schreibereier
Max Arnold
Breslau 3 - Platz am Platz 6
Fernsprecher Oble 569
Eigene Reparatur-Werkstatt!

Amtl. Bekanntmachung von Weißstein

Betrifft: Festsetzung der geschäftsfreien Sonntage für das Kalenderjahr 1928.
Gemäß der Verordnung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 5. Februar 1919 (Reichsgesetzblatt 1919, Seite 176/77) werden für den erweiterten Geschäftsverkehr im Kalenderjahr 1928 folgende sechs Sonntage zugelassen:
der letzte Sonntag vor Ostern (1. April),
der letzte Sonntag vor Pfingsten (20. Mai),
der erste Sonntag im IV. Quartal (7. Oktober) sowie die drei letzten Sonntage vor Weihnachten, d. i. der 9., 16. und 23. Dezember 1928.
An diesen Sonntagen können offene Verkaufsstellen in der Zeit von 11 bis 18 Uhr für den Geschäftsverkehr geöffnet bleiben. Ebenso darf zu dieser Zeit die Beschäftigung von Lehrlingen, Gehilfen und Arbeitern im Handelsgewerbe stattfinden.
Weißstein, den 31. Januar 1928.
Der Gemeindevorsteher.
Hertwig.

Wirtschaftliche Rundschau

Die Wohnungsnot der Großstädte

Zur gleichen Zeit, wo sich die Bürgerblockregierung weigert, zur Milderung der immer noch wachsenden Wohnungsnot ein Wohnungsprogramm aufzustellen und die zu seiner Durchführung notwendigen Mittel auf Kosten der Besitzenden aufzubringen, werden vom Statistischen Reichsamt die endgültigen Hauptergebnisse der Wohnungszählung vom 16. Mai 1927 für die deutschen Großstädte veröffentlicht. Mit dieser Veröffentlichung, wie ja auch mit ihrer eigenen dickleibigen „Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung“, ohrt sich die Bürgerblockregierung selbst. Dabei betont sie in der „Denkschrift“, welche Bedeutung die Bauwirtschaft, die im Jahre 1912 etwa 3 Millionen Menschen beschäftigte und als Erzeugerin industrieller Gütererzeugung erschien, für die Gesamtwirtschaft hat. Sie muß auch selbst zugeben, daß alljährlich ein Zuwachs von mindestens 200 000 Wohnungen notwendig und darüber hinaus noch ein gewaltiger Fehlbedarf zu decken sei (den sie natürlich weit unterschätzt). Mit diesen Feststellungen ist sie aber auch am Ende ihres Satzes. Sie fügt nur achselzuckend hinzu, wie dies längst der Regierungsbürgerblock im Wohnungsausschuß des Reichstags erklart hat, daß für 1928 sehr wenig Aussicht auf den Bau von Wohnungen sei, da keine entsprechenden Mittel vorhanden seien. (Die Hauszinssteuer, diese Bluffsteuer der Mieter, wird ja zum großen Teil für andere Zwecke, wie Polizei, Kirche, Fürsorgeabteilung, verwendet).

Der Bankrott der Bürgerblockregierung, übrigens auch der preußischen Koalitionsregierung, die seit jeher mit der Reichsregierung Hand in Hand arbeitet (Gürtel-Verordnungen, 20 Prozent Mietspiegel im Interesse der Hausbesitzer usw.), auf dem Gebiete des Wohnungswesens ist somit offenkundig. Die „positive Politik“ der Bürgerblockregierung als Sachwalterin des Hauskapitals besteht nicht in der Schaffung von Wohngelegenheiten für die Wohnungsbedürftigen, sondern in der planmäßigen Zerstörung des Mieterschutzes. Steht doch auf der Tagesordnung der nächsten Reichstagsitzung die Zustimmung des Kündigungrechtes an die Hausbesitzer.

Was sagen uns nun die in „Wirtschaft und Statistik“ (Januarheft) veröffentlichten Ergebnisse über die Wohnungsnot in den Großstädten? Wir müssen uns zunächst vor Augen halten, daß auch hier ein durchaus schönfärbendes Bild gegeben wird. Unterscheidet vielleicht das Statistische Amt zwischen Wohnung und „Wohnung“, zwischen Kubikraum bebauter Fläche im Willenbezirk und im Proletarierbezirk? Keineswegs. Berücksichtigt es vielleicht die Tatsache, daß in Deutschland hunderttausende Wohnungen ganz unhygienisch, verfallen und abbruchreif sind, da seit dem Kriege nur ein verschwindender Teil solcher unbewohnbaren Wohnungen weggefallen ist? Keineswegs.

Immerhin muß das Statistische Amt feststellen, daß die Wohnungsnot in den Großstädten ihren Höhepunkt erreicht. Schon aus den vorläufigen Ergebnissen der Wohnungszählung ging hervor, daß in den Großstädten fast eine halbe Million Familien, nämlich 481 000 Haushaltungen bzw. Familien, oder rund anderthalb Millionen Köpfe ohne eigene Wohnung sind. Auf die Großstädte, in denen über ein Viertel der Gesamtbevölkerung lebt, entfällt fast die Hälfte aller Wohnungslosen. Von 1910 bis 1925 hat die Zahl der Haushaltungen im Deutschen Reich um 20 v. H. zugenommen. (Nach der veränderten Bevölkerungsstruktur hätte sie sogar um 22 v. H. zunehmen müssen!) Zugleich ist die Kopfstärke der Haushaltungen etwas zurückgegangen und zwar von 4 1/2 Personen im Jahre 1910 auf 4 Personen im Jahre 1925. In den Großstädten von rund 4 Personen auf 3 1/2.

Demgegenüber ist die Bautätigkeit ungeheuer zurückgeblieben, und zwar vor allem in den Großstädten. Das zeigt folgende Vergleichstabelle über die Bautätigkeit 1919 bis 1926 in den Städten mit mehr als 5000 Einwohnern:

Städte mit Einwohnern	Reinzugang an Wohnungen 1919-1926	
	überhaupt	auf 1000 der Bevölkerung
5 000 - 20 000	182 460	22,3
20 000 - 50 000	105 387	21,1
50 000 - 100 000	64 603	18,2
100 000 u. mehr	245 142	14,7

Diese Tabelle zeigt, daß in den Großstädten, wo die Wohnungsnot doch noch viel schreiender ist, als in den kleineren Städten, die Bautätigkeit eine viel schwächere war als in den Kleinstädten. In einer Stadt mit 20 000 Einwohnern entfielen auf 1000 Einwohner etwa 22, in einer Millionenstadt aber nur 14 Neubauwohnungen. Es läßt sich z. B. feststellen, daß im Jahre 1926, wo eine „Rekordzahl“ an Neubauten erreicht wurde, nämlich rund 205 000, nicht einmal ein Drittel der neuerstellten Wohnungen auf die Großstädte entfiel! Und überdies wird der größte Teil der Neubauwohnungen, was Wohnfläche und Miete betrifft, nicht für die Hauptmasse der proletarischen Wohnungsbedürftigen gebaut. So läßt sich errechnen, daß im September 1927 in Berlin von den bezugsfertig gewordenen Wohnräumen 7309 für Besizende und nur 1067 für „zahlungsfähigere“ Proleten in Betracht kam.

Das Ergebnis des Widerspruchs zwischen Bevölkerungsentwicklung und Bautätigkeit in den Großstädten ist daher dies, daß durchschnittlich jede zehnte Familie ohne eigene Wohnung ist.

Wie gliedern sich die Wohnungen in den Großstädten nach der Zahl der Wohnräume? Die Antwort des statistischen Amtes darauf hat den Nachteil, daß sie erstens die Wohnräume nicht nach Kubikraum vergleicht — somit einen Wohnraum in einer proletarischen Mietskammer gleichsetzt einem Wohnraum im bequemen Bourgeoisenzuhause! — und zweitens die Küche in die Zahl der Wohnräume einbezieht. Dadurch wird in schäner Weise der ungeheure Massen Gegensatz, wie er in dem Verhältnis zwischen Kleinwohnungen und

größeren Wohnungen zum Ausdruck kommt, abgeschwächt. Immerhin spricht das Ergebnis noch deutlich genug: In den Großstädten sind von je 100 Wohnungen 2,97 Wohnungen mit einem Raum, 17,56 mit zwei Räumen, 30,82 mit drei Räumen, 41,78 mit vier Räumen, 5,85 mit fünf Räumen, 1,07 mit zehn und mehr Räumen. Also 51 Prozent sind Kleinwohnungen mit 1 bis 3 Räumen (incl. Küche), 42 Prozent sind mittlere und größere Wohnungen mit 4 bis 6 Räumen, 7 Prozent sind größte Wohnungen. Die Viermillionenstadt Berlin hat 69 Prozent Kleinwohnungen.

Man lasse sich durch solche Ziffern nicht irreführen. Denn die Mehrheit der Kleinwohnungen umfaßt nur die Minderheit der Wohnräume. Die 134 376 Wohnungen mit 1 Raum, die 794 466 mit 2 und die 1 393 941 mit 3 Räumen ergeben insgesamt rund 6 000 000 Räume (und die verdienen meist nicht den Namen von Wohnräumen, sondern von Kammern), dafür umfassen die Wohnungen mit mehr als 4 Räumen fast die doppelte Zahl an Wohnräumen (wir schätzen 11 000 000).

Und wie verteilt sich die Zahl der Personen auf die verschiedenen Wohnungsgrößen? In den 51 Prozent Kleinwohnungen, die rund ein Drittel aller Wohnräume (natürlich die unkomfortabelsten, kleinsten, dunkelsten, feuchtesten, schlecht oder gar nicht heizbaren, unhygienischen usw.) umfassen, lebten 45 Prozent der Bevölkerung, in den 42 Prozent Mittelwohnungen, die ungefähr die Hälfte der Räume um-

fassen, weitere 45 Prozent, der Rest in den Großwohnungen. Das zeigt hier deutlich die kapitalistische Massenordnung widerpiegelt, sieht selbst das Statistische Reichsamt, denn es sagt kleinlaut:

„... daß die Zahl der auf einen Wohnraum entfallenden Personen mit der Größe der Wohnung abnimmt.“

Wir wollen das noch durch ein paar Zahlen veranschaulichen: In den 134 376 Wohnungen mit 1 Raum (zugleich Küche) sind 262 148 Proleten zusammengepackt, in den Wohnungen mit 2 Räumen, d. h. insgesamt in 1 588 932 Räumen (eigentlich aber nicht einmal 1 Million, denn die Küchen sind mitgezählt), wohnen 2 387 495 Proleten, dafür können sich in 263 610 Wohnungen mit 7-9 Räumen, gewiß in 1 500 000 Räumen, d. h. in ebenjohel Räumen wie die oben angeführten 2 387 495 Proleten, 1 292 869 Personen bequem machen, und in den größten Wohnungen mit gewiß 700 000 Räumen 315 172 „bestmulierte“ Personen.

Am krassen aber werden die Wohnungsverhältnisse, der Gegensatz zwischen würgender Wohnungsnot einerseits und Bourgeoiseluxus andererseits, beleuchtet, wenn wir folgendes feststellen: Es gibt in den Großstädten 72 556 Wohnungen mit 3 Räumen, 42 865 Wohnungen mit 4-6 Räumen, 2384 mit 7-9 und 197 mit mehr als 10 Räumen, die von Einzelpersonen allein bewohnt werden. Sehen wir von den kleineren Wohnungen (mit 3 Räumen) ab, so bedeutet das noch immer eine Zahl von schätzungsweise 230 000 Räumen, in denen 45 400 Personen wohnen!

Diese Zahlen rufen in aufreißender Weise nach Rationierung, nach Beschlagnahme der Großwohnungen, Teilung in kleine Wohnungen und Zuweisung an die Wohnungsbedürftigen.

Das Reich als Bankier

Die Reichsbank ist, entgegen ihrem Namen, keineswegs im Besitz des Reiches. Der größte Teil der Anteile gehört den Großbanken und ein anderer Teil wird frei an der Börse gehandelt. Es ist daher auch kein Wunder, wenn die Reichsbank, entgegen den Ansichten von Illusionisten, rein privatwirtschaftliche, finanzkapitalistische Interessen vertritt. Dabei kann es sogar gelegentlich zu Differenzen mit den ebenfalls kapitalistischen Finanz- oder Wirtschaftsministern des Reiches kommen. Die Stellungnahme des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gegen Auslandsanleihen, besonders gegen Auslandsanleihen der Städte, die zum großen Teil zur Förderung des Wohnungsbaus dienen sollen, ist einer der Beweise dafür aus der letzten Zeit. Auf die Verhinderung einer Auslandsanleihe für die Reichsbahn zugunsten teurerer Inlandsanleihen, die jedoch dem deutschen Großhandel erhebliche Gewinne zuführen, haben wir erst vor einigen Tagen hingewiesen.

Daß aber auch die Reformisten auf dem Holzwege sind, die von einem größeren Einfluß des Reiches auf das Bankgeschäft etwas Entschuldigendes erwarten, zeigt jedes Jahr wieder der Bericht der Reichskreditgesellschaft. Die Reichskredit-V.G. befindet sich ganz im Besitz des Reiches, ihre Aktien gehören der B.I.G., einer Gesellschaft, die fast alle Wirtschaftsunternehmen des Reiches kontrolliert. Daß hierzu jedoch die „schwarz gekauften“ Bankfirmen, Transport- und Fluggesellschaften des Reichswehrministeriums nicht gehören, versteht sich von selbst. Die Reichskreditgesellschaft ist eine Großbank. Ihre Geschäfte sind keine anderen als die der übrigen Großbank auch. Sie sitzt in Aufsichtsräten großkapitalistischer Gesellschaften, handelt an

der Börse und verhandelt erst in den letzten Tagen die Phebus-Filmgesellschaft an das Privatkapital.

Die Reichskreditgesellschaft hat auch diesmal gut abgeschrieben. Sie verteilt wieder 8 Prozent Dividende, wobei zu beachten ist, daß diesmal statt 30 Millionen 40 Millionen Mark dividendenberechtigt sind und die letzten 10 Millionen Mark, die erst ein halbes Jahr im Betriebe gearbeitet haben, trotzdem die volle Dividende erhalten. Es werden kräftige Rückstellungen gemacht. Den Reserven werden 2 Millionen Mark zugewiesen, 932 000 Mark werden als Gewinnrest mit in das neue Jahr übernommen und der Aufsichtsrat bewilligte diesmal 133 000 Mark als Lantime gegen „nur“ 100 000 Mark im Jahre 1926 und 33 000 Mark im Jahre 1925. Die ganzen Geschäftspraktiken sind die gleichen, wie bei jeder anderen Bank, auch die Unübersichtlichkeit der Gewinn- und Verlustrechnung, in der sämtliche Kosten und Steuern in nur einem Posten ausgewiesen werden, weicht in keiner Weise davon ab.

Die Großbank im Besitz des Reiches beweist nicht eine „Sozialisierung des Bankwesens“, sondern die privatkapitalistischen Geschäfte dieser Bank des Reiches beweisen, daß sich Trustkapital und Staatsgewalt immer enger verfilzen. Nicht umsonst sitzen Herr Conrad von Hofsig, der Führer der Berliner Metallgeschäftsmacher, und Herr Hermann Schmitz, Vorstandsmitglied des Farbentrußes, im Aufsichtsrat der Reichskreditgesellschaft. Das ökonomische Gewicht dieser Herren wiegt weit schwerer, als das der Staatssekretäre und Verhandlungsdirektoren, die im Aufsichtsrat ihrer Kollegen sind.

Neue Zahlen über die schleichende Teuerung

Seit Januar 1927 - 14,7 Prozent Preissteigerung

Die soeben veröffentlichten Inzessionsberechnungen der „Frankfurter Zeitung“ zeigen den Doppelcharakter der Entwicklung der Großhandelspreise während der letzten Wochen und Monate auf: Eine Reihe von Rohstoffen und Halbfabrikaten, die maßgebend für die Konjunkturentwicklung sind und deren Preise nicht von deutschen Monopolen hochgehalten werden können, sind nicht mehr im Preise gestiegen, sondern zum Teil sogar noch etwas gesunken. Das bezieht sich vor allem auf die Preise von Baumwolle, Gummi, Leder usw. Dagegen sind die Fertigwarenpreise, besonders der industriellen Konsumgüter, noch weiter gestiegen. Deswegen hat sich der Großhandelsindex für Rohstoffe und Halbwaren trotz der Verteuerung der Eisen- und Stahlpreise um 8 bis 10 Prozent, im Laufe des Monats Januar gegenüber Dezember nur um rund 1 Prozent erhöht (gegenüber Januar 1927 um 4,3 Prozent). Hierbei kommt allerdings die Eisenpreiserhöhung noch nicht in ihrer vollen Höhe zum Ausdruck.

Dagegen sind diejenigen Industriewarenpreise, die ausschlaggebend für die Lebenshaltung der Konsumentenmasse sind, unaufhörlich, wenn auch nur „schleichend“, weiter gestiegen. Noch im Januar 1927 standen die industriellen Konsumgüterpreise „nur“ 50,9 Prozent über den Vorkriegspreisen (1913). Im Juni v. J. betragen sie bereits 158,2 Prozent der Vorkriegspreise, im September 165,8 Prozent, im Dezember 172,2 Prozent und Ende Januar v. J. 172,9 Prozent der Vorkriegspreise. Seit Januar v. J. sind die industriellen Konsumgüter um 14,7 Prozent verteuert worden. Die Produktionsmittelpreise sind in dieser Zeit „nur“ um 4,5 Prozent gestiegen.

Während des Monats Januar hat sich das schwache Absteigen der Preise für Agrarstoffe fortgesetzt (um 2,7 Prozent). Dagegen sind die Kleinhandelspreise für Lebensmittel auch im vergangenen Monat weiter gestiegen. Die neue Preisoffensive der Großagrarier mit Unterstützung des Landwirtschaftsministers Schiele wird im Frühjahr, besonders auf Grund der dann abnehmenden Vorräte an Getreide und Kartoffeln, eine neue Steigerung der Agrar-Großhandelspreise herbeiführen;

hierdurch wird die Verteuerung der Kleinhandelspreise für Lebensmittel abermals einen Anstoß bekommen. Es liegt also völlig im Interesse der Unternehmer, wenn die Bürgerblockschlichter sich bemühen, mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsführer den Arbeitern möglichst langfristige Lohnkittate aufzuzwingen.

Steigerung der Konsumumsätze

Die Umsätze der deutschen Konsumgenossenschaften für das Jahr 1927 zeigt eine bemerkenswerte Zunahme auf. Die Jahresdurchschnittszahlen für die Mitgliederumsätze im Wochenendurchschnitt sind von 4,26 Mark im Jahre 1925 auf 5,11 Mark im Jahre 1926 gestiegen, um für 1927 die Bewegung bis auf 6,95 Mark fortzusetzen. Der Dezember zeigt eine Steigerung über das gewöhnliche Maß hinaus, wie die nachstehende Tabelle zeigt:

Die Umsätze der deutschen Konsumgenossenschaften

Durchschnittlicher Wochenumsatz pro Mitglied in Reichsmark	Die Umsätze der deutschen Konsumgenossenschaften											
	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1925	3.63	3.59	4.06	4.04	4.12	3.85	4.10	4.28	4.47	4.57	4.63	5.36
1926	4.37	4.60	4.93	4.36	4.78	4.76	5.06	5.05	5.19	5.59	5.75	6.87
1927	5.88	6.14	6.23	6.54	6.15	6.22	6.57	6.41	7.25	7.81	8.02	9.45

Konjunkturverschlechterung für amerikanischen Stahltruff

Der Jahresbericht der amerikanischen Stahlkorporation weist eine Einnahmeverminderung von 43 Millionen Dollar gegenüber dem Jahre 1926 auf. Das letzte Quartal 1927 schließt sogar nach Zahlung der Dividende mit einem Defizit von 5 Millionen Dollar ab. Der Bericht spiegelt Schwierigkeiten, in denen die amerikanische Stahlindustrie steckt, wider. Zu doch nach vorläufigen Angaben die Produktion der Vereinigten Staaten um rund 8 Millionen gegenüber 1926 gefallen von 49,06 auf 41,11 Millionen Tonnen.

Neue Kohlenföndhe

Die Grubenverwaltung des Westfalens (Dortmund) beabsichtigt im Laufe der nächsten fünf Jahre vier neue große Schächte anzulegen mit einer jährlichen Kohlenförderung von je 50 000 000 Kub. und einen Kesselschacht mit einer Kohlenförderung von 100 Millionen Kub.

Aus aller Welt

Zusammenstoß im Krankprozeß

Der Verteidiger legt sein Amt nieder — Verhandlungen auf Sonnabend vertagt — Krank ins Krankenhaus überführt

Als erster Sachverständiger wurde am Mittwoch Medizinalrat Dr. Gommlich vernommen, der die Leichen von Hans Stephan und Günter Scheller obduziert hat. Stephan hatte in der rechten Kopfseite zwei Schüsse ziemlich nahe am rechten Ohr. Die beiden Einschüsse boten keine Zeichen des Hochschusses. Günter Scheller hatte einen Schuß in den Kopf, der das Gehirn verletzt hat. Der Schuß zeigt die typischen Merkmale des Hochschusses. Von den Verwundungen des Stephan war der Kopfschuss sofort tödlich. Bei Scheller hat es sich allem Anschein nach um einen Selbstmord gehandelt. Ingenieur Schuberer, der als zweiter Sachverständiger vernommen wird, nimmt ebenfalls einen Selbstmord Schellers an. Nach seiner Meinung sind vier Schüsse abgefeuert worden. Der Oberlehrer im Untersuchungsgefängnis, Seemann, äußerte sich als Zeuge über den Charakter des Krank, wie er ihn im Gefängnis beobachten konnte. Er habe bei Krank viel Minderwertigkeitsgefühl festgestellt, das auf gewisse körperliche Eigenschaften zurückzuführen ist. Dieses Bemerkeln, seinen Kameraden gleichwertig zu sein, hatte sein inneres Gleichgewicht ins Schwanken gebracht. Um seine innere Schwäche nicht zu zeigen, habe er sich oft den Anschein von Eigenschaften gegeben, die er nicht besitzt. Das hat ihn zum Renommieren über sexuelle Dinge verführt.

Als nun eine Frage des Verteidigers an den Zeugen der Vorfründe unterbricht, kommt es wieder zu einem

Schreien Zusammenstoß

Der Vorsitzende rügt die Unfähigkeit des Verteidigers. Dieser verbittet sich die Unterbrechung des Vorsitzenden. Das Gericht beschließt darauf, die Frage des Verteidigers nicht zuzulassen. Im übrigen erklärte der Vorsitzende, er sei berechtigt, festzustellen, daß der ganze Gerichtsprozeß über seinen Zeit erspart ist. Der Verteidiger bezeugt diese Erklärung als ungesetzlich und legte darauf sein Mandat nieder.

Nach der Erklärung des Verteidigers wird die Verhandlung 1 1/2 Stunden vertagt, um einen Offizialverteidiger zu bestellen. Es wird Rechtsanwalt Schulz ernannt, der beantragt, die Verhandlung bis

Sonnabend auszusetzen, damit er sich in das Material einarbeiten könne.

Der Sachverständige Dr. Magnus Hirschfeld gab darauf im Namen der Sachverständigen folgende Erklärung ab: Der Gesundheitszustand des Angeklagten Krank ist so, daß die Sachverständigen glauben, daß der Angeklagte nicht imstande ist, in dieser kurzen Zeit dem neuen Verteidiger alle notwendigen Informationen zu geben. Die Sachverständigen bitten deshalb, im Interesse des Gesundheitszustandes des Angeklagten alles zu tun, um den Rechtsanwalt Dr. Frey zu bewegen, die Verteidigung wieder zu übernehmen.

In seiner Erwiderung sagte der Vorsitzende, daß, wenn der Gesundheitszustand des Angeklagten die Weiterführung des Prozesses am Sonnabend nicht ermögliche, das Gericht das Verfahren aussetzen müsse. Die gesamten Kosten dieser Aussetzung würden dann dem bisherigen Verteidiger (1) zur Last fallen. Das Gericht werde sich am Sonnabend überzeugen, ob der Gesundheitszustand des Angeklagten die Weiterführung gestatte. Auf eine nochmalige Bitte des Sachverständigen Dr. Magnus Hirschfeld, eine gütliche Einigung mit dem bisherigen Verteidiger herbeizuführen, brach der Vorsitzende kurz ab mit den Worten: „Der Sachverständiger, die Sitzung ist geschlossen.“

Krank ist gestern von den Sachverständigen untersucht worden. Dabei haben sich schwere körperliche und seelische Störungen herausgestellt. Die Verletzungen sind zu der Ansicht, daß Krank, der über sieben Monate in Untersuchungshaft war, die Verhandlung überhaupt nicht hätte zugemutet werden dürfen. Krank wurde auf ärztliche Anordnung in ein Krankenhaus übergeführt. Ob unter diesen Umständen der Prozeß am Sonnabend weitergeführt werden kann, erscheint fraglich.

Die Feststellungen der Sachverständigen sind nicht nur eine vernichtende Anklage gegen Staatsanwaltschaft und Prozeßleitung, sie beleuchten wieder einmal blühartig die schändliche Behandlung der Untersuchungsgefangenen durch die amtlichen Ärzte, die sich lediglich als Gehilfen des Staatsanwaltes fühlen und im Falle Krank zusehen, wie der junge Mann durch die Haft körperlich und seelisch ruiniert wurde.

Millionenbetrug mit Kriegsanleihe

Ein Betrugsfall von ungeheurer Ausmaß beschäftigt zurzeit die Berliner Staatsanwaltschaft. Es konnte ermittelt werden, daß seit länger als einem Jahr große Beträge in Kriegsanleihe-Altschulden veräußert worden sind. Als einer der Hauptschuldigen wurde in der Nacht zum Dienstag der aus dem großen Moskauer Aktienziehungsprüfung bekannte Bankier Kunert von Beamten der Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei verhaftet und in das Moskauer Untersuchungsgefängnis gebracht.

Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft hat Kunert schon vor seiner Verhaftung und nach seiner nach dem Urteil erfolgten Freilassung, also in fortgesetzter Handlung, auf betrügerische Weise, Kriegsanleihe-Altschulden als Altschulden arguminiert und somit das Reich um außerordentlich hohe Beträge geschädigt.

Der Unterschied zwischen Altschulden und Neubrief spielt bei der Aufwertung der Kriegsanleihe besonders eine große Rolle, weil die Altschulden eine fünfmal so hohe Aufwertung erhalten, wie die Neubriefe.

Ein Skandal jagt den anderen

Gustav Bauer wollte Geld verdienen

Der Zusammenbruch des Bankiers Lombardhauses Max Schlöwinski und der ihm angelegerten „Baron-Lombard- und Lagerbesitzer E. m. h.“ in der Spandauer Straße trägt alle Zeichen einer großen Skandalaffäre in sich. Festgestellt ist, daß betrügerische Kauderwelsch alle Art vorgekommen sind. Die Papiere dürften etwa eine Million Mark betragen, der Wert der Aktien

steht noch dahin. Schlöwinski, der vor dem Kriege einer der angesehensten Berliner Kaufleute gewesen war und als gerichtlicher Sachverständiger fungierte, ist offenbar schon seit längerer Zeit in schwere Verdrängnis geraten. Wie behauptet, sind die Unregelmäßigkeiten darauf zurückzuführen, daß ihm selbst Zuchergeld in unerhöhter Höhe abgenommen worden seien. Unter den Geschädigten, die sich aus vielen hundert Personen zusammensetzen, befinden sich neben namhaften Persönlichkeiten auch der frühere Reichszugler Gustav Bauer.

Dreißig Jünger ertrunken

Von den etwa 100 Jüngern, die während eines Sturmes von der Frontstaber Küste auf Eisfjällen, die sich losgelöst hatten, fortgetrieben wurden, sind nach einer Fundmeldung eines ausgehenden Wasserflugzeuges etwa 30 Personen umgekommen. Die übrigen erreichten Land, ein Teil von ihnen die finnische Küste.

Wäre Szenen bei einem Vorkampf

Vor einigen Tagen fand in Berlin ein Länderkampf zwischen Deutschland und Schweden statt. Da viele Freunde des Boxsports keinen Einlaß mehr finden konnten, kletterten etwa dreißig meist jüngere Leute über die Zäune und Mauern des Gartens, der sich an den Saalbau im Friedrichshain anschließt, und versuchten, gewaltsam in den Saal einzudringen. Die Polizei mußte, da die Saalbesitzer nachts waren, eingreifen und trieb die 30 hartnäckigen Vorkampffreunde mit dem Gummiknüppel auseinander. Dabei wurde auch ein großes Fenster zertrümmert. Als die Polizei zur Feststellung der Täter schreiten wollte, schürten diese in die Kellerräume des Saalbaues und verstaubten sich hinter Häpfer, Tischen und Stühlen. Schließlich konnten acht festgesetzt werden, die bis zum Schluß der Vorkampfanstaltung in Schachhaft verbleiben mußten.

Aus den Gewerkschaften

Darf der „Grundstein“ die Bauarbeiter beschimpfen?

Niederknüppelung der Opposition im Baugewerkschafts-Schweidnitz

(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatter.)

Am 12. Februar fand die Generalversammlung der Baugewerkschaft Schweidnitz statt. Schon drei Wochen vorher drohte man, die Opposition in der Generalversammlung loszumachen. Kollege Hennig hätte den Versammlungssaal nicht erst betreten und Kollege Perlick hätte nicht sprechen. Man hatte sich eine besondere Größe von Referenten herbeigeholt und zwar den Kollegen Barischel aus Waldenburg. Trotzdem war die Opposition nicht mundtot zu bekommen, sondern rechnete sogar mit den Reformisten ab. Ein besonderes Kampfbild der „prominenten Größen“ war die Vorstands-Wahl. Trotzdem in jeder Generalversammlung die Delegierten zur Wahl des Geschäftsführers in der Versammlung gewählt werden, hatte diesmal der Vorstand die Delegierten selbst zusammengesetzt. Genosse Perlick protestierte dagegen und verlangte Neuwahl der Delegierten. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt. Bei der Wahl von den anderen Vorstandsmitgliedern entspann sich wieder eine rege Debatte. Die Opposition verlangte geheime Wahl, aber auch diese wurde abgelehnt, trotzdem eine geheime Wahl stattfinden muß. Bei der Wahl der Außenrevisoren stellte man einen Kandidaten auf, der erst vor zwei Jahren Mitglied als Angestellter im Konium plüßlich seiner Funktion entlassen wurde. Bei dieser Wahl spielte sich die SPD-Fraktion ab und stellte noch einen Kandidaten auf. Bei der Abstimmung kam es dann vor, daß einige Kollegen für beide Kandidaten stimmten, was allgemein beifällig ansehe. Die Handhabung der Wahl hat ja manchem Kollegen die Augen über das wahre Gesicht der Reformisten geöffnet.

In Punkt Anträge hatte die Opposition vier Anträge eingebracht, welche einstimmig Annahme fanden. Der erste Antrag forderte eine Lohnerhöhung von 25 Prozent. Dieser Antrag wurde etwas umgeändert und zwar insoweit, daß zunächst 25 Prozent 25 Pfennige Stundenloohnerhöhung gefordert werden. Der zweite Antrag forderte Kampf gegen das Erwerbslosensicherungs-gesetz. Ein weiterer Antrag, über den wir an anderer Stelle berichten werden, fand trotz des Protestes der Opposition Annahme. Dieser Antrag hatte der Vorstand gestellt. Im Punkt Beschlüsse rechnete die Opposition, vor allen Dingen Kollege Ulrich, mit dem Kollegen Barischel-Waldenburg ab. Barischel, der die gemeinsten Anträge gegen die Opposition gebracht, wird sich wohl ein zweites Mal haben, nach Schwidnitz zu kommen. Ferner protestierte Kollege Ulrich gegen die schamlose Schreibweise des Schriftleiters des „Grundsteins“. Barischel-Waldenburg behauptete: „Sofern Schmitt als Schriftleiter des „Grundsteins“ gewählt ist, haben die Mitglieder keinerlei Einfluß mehr auf ihn.“ Wo, Bauarbeiter, euer Schriftleiter kann euch in eurer Zeitung für ein Geld noch so sehr mit Schwanz bewachen, so müßt ihr doch schlüssiger.

Wählt revolutionäre Betriebsräte!

Ein Aufruf an die Waldenburger Bergarbeiter

Ende März finden im niederschlesischen Bergbau die Betriebsratswahlen statt. Die wichtige Rolle des Betriebsrates im Kampf der Arbeiter für mehr Lohn, Verkürzung der Arbeitszeit und Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist allgemein bekannt. Wohl sind ihnen durch das Betriebsratsgesetz gewisse Rechte angelegt, doch kann der Betriebsrat und der Arbeiterrat manches verhindern und manches durchsetzen. Die erste Voraussetzung ist natürlich, daß die Kollegen des Betriebs- und Arbeiterrats niemals das persönliche Ich, sondern

nur die Interessen der Gesamtbelegschaft, die Interessen der Arbeiter, im Auge haben.

Im Waldenburger Bergbau gewinnen die freigewerkschaftlichen Betriebsräte insbesondere dadurch eine besonders große Bedeutung, weil sie an den Revierkonferenzen des Bergarbeiterverbandes mit sich und Stimme teilnehmen. Sie entscheiden also mit, ob und welche Forderungen an die Unternehmer zu stellen und welche Kampfmittel zur Erreichung der Forderungen anzuwenden sind. Haben die jeweiligen Betriebsräte ihrer Pflicht gegenüber der Belegschaft Genüge getan? Unseres Erachtens läßt sich an ihrer Tätigkeit so manches aussetzen. Wir denken dabei hauptsächlich an die Lohnbewegungen. Wie war es im Frühjahr und im Dezember des vergangenen Jahres? Infolge der miserablen Entlohnung stellten die unteren und oberen Tage beschäftigten Kollegen Lohnforderungen. Unter dem Druck der Mitgliedschaft war der Verband gezwungen, die Forderungen sich zu eigen zu machen und sie dem bergbauischen Verein zu unterbreiten. Der bergbauische Verein lehnte auch die geringste Lohnerrhöhung ab. Statt nun den offenen Kampf vorzubereiten und die Unternehmer an der empfindlichsten Stelle, an dem Profit, zu packen, riefen die reformistischen Betriebsräte den Schlichter an. Ein Schlichter wurde gewählt, infolge der geringen Jugeländnisse von der Arbeiterschaft abgelehnt und darauf auf Antrag der Unternehmer für verbindlich erklärt. Nun sagten die Betriebsräte, ein verbindlicher Schlichterspruch sei rechtlich einem freiwillig abgeschlossenen Vertrage gleichzusetzen und müsse von der Arbeiterschaft respektiert werden. So wurden die Waldenburger Kumpels im Frühjahr und Dezember des vergangenen Jahres um die dringenden notwendigen Lohnerrhöhungen betrogen. Wie lange noch werden die Unternehmer in der Lage sein, ihren Willen durchzusetzen und die Löhne auf der bekannten äußersten niedrigen Grenze zu halten? Nun, so lange die freien Gewerkschaften ihre „beabsichtigte“ Kampfstärke beibehalten. Diese zu ändern ist die wichtigste Aufgabe der Arbeiterschaft. Hier mitzuwirken ist eine der vornehmsten Pflichten der freigewerkschaftlichen Betriebsräte.

Die Gewerkschaftsopposition und natürlich auch die oppositionellen Betriebsräte kämpfen bereits seit Jahr und Tag gegen die Niederlagenstrategie der reformistischen Gewerkschaftsführer. Bisher sind sie leider in der Minderheit geblieben. Auf der Konferenz im Dezember, wo der Lohn-Schlichterspruch einstimmig abgelehnt wurde, schlug die Opposition vor, sofort am Montag in den Streik zu treten. Siehe da: Für den Antrag der Opposition stimmten nur 84 Kollegen. Die anderen 112 stimmten gegen den sofortigen Streik. Damit war der Streik abgelehnt. Die Folge war die Verbindlichkeitsklärung des Schlichterspruchs mit einer Lohn-„erhöhung“, deren Höhe die Kollegen von unten und oben heute an den Lohnbehalten ablesen können.

Diese 112 Kollegen, zum Teil Delegierte der Zahlstellen, zum Teil Betriebsräte können unmöglich weiter das Vertrauen der Belegschaft genießen. Auf den Rücken eines Betriebsrats können nur Kollegen gewählt werden, die bereit sind, sich an die Spitze eines offenen Kampfes gegen das Unternehmertum zu stellen.

Kollegen im Bergbau Waldenburg, wenn ihr die Betriebsräte für das kommende Wahlfahr vorschlagt, so fragt sie vor der Aufstellung auf die Kandidatenliste, ob sie im Dezember für oder gegen den Streik gestimmt haben. Wählt nur solche Kollegen, die im Betrieb und auch auf der Revierkonferenz sich von den Phrasen der reformistischen Gewerkschaftsführer nicht beeinflussen lassen, sondern selbst wissen, welche Beschüsse sie im Interesse der Belegschaften zu fassen haben!

Forderungen der Erwerbslosenkongferenz Schließen

Trotzdem die Konferenz grundsätzlich das bestehende Arbeitslosengesetz ablehnt und statt dessen eine Erwerbslosenfürsorge mit einheitlicher ausreichender Unterstützung für alle Erwerbslosen für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Karenzzeit fordert, stellt sie, bis zur Erreichung dieses Zieles, folgende Forderungen:

Die Erwerbslosenkongferenz fordert vom Reichstag, das Arbeitslosengesetz in folgenden Punkten zu ändern:

1. Beseitigung der unteren 5 Lohnklassen.
2. Aufhebung der Krisenfürsorge-Bestimmung; statt dessen: Einweisung der Krisenempfänger in die Versicherung ohne jede Prüfung der Unterstützung.
3. Fortfall jeder Bedürftigkeitsprüfung für Krisenunterstützungsempfänger, da mit Hilfe des § 101 Abs. 2 die Arbeitslosen vollkommen der Willkür der Prüfer ausgeliefert werden.
4. Sofortige Aufhebung jeder Karenzzeit gemäß dem Antrage der kommunistischen Reichstagsfraktion, dafür Zahlung der Unterstützung vom 1. Tage der Erwerbslosigkeit an.
5. Beseitigung der Anwartschaftszeit, als Mindestforderung ist eine wesentliche Herabsetzung der Anwartszeit vorzunehmen.
6. Beseitigung der Strafbestimmungen der §§ 247-276 gegenüber den Arbeitslosen.
7. Aufhebung des § 87 mit skandalöser Prüfung der Arbeitsfähigkeit, Arbeitswilligkeit und unwilligen Arbeitslosigkeit.
8. Aufhebung des § 90, der Zwangsarbeit außerhalb des Berufes und des Wohnortes erlaubt, desgleichen Beseitigung des § 92 über Berufsumschulung. Dieje und Zuweisung von Arbeit außerhalb des Berufes und Wohnortes darf nur mit Zustimmung des Arbeitslosen selbst gestattet sein.
9. Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse als Vertretung der Erwerbslosen vor den Spruchkammern und Spruchauschüssen.

An die Kommunen stellt die Erwerbslosenkongferenz folgende Forderungen:

1. Bis zur Aufhebung der Lohnklassen von 1 bis 5 Zahlung der Differenz bis zur Klasse 6 durch die Kommunen.
2. Zahlung einer regelmäßigen Mietunterstützung für alle Erwerbslosen mit dem Beginn der Erwerbslosigkeit.
3. Fortfall der Hauszinssteuer für alle Erwerbslosen, auch der Steuern 8 bis 11.
4. Zahlung der durch Arbeitslosigkeit entstandenen Mietrückstände.
5. Niederlegung der rückständigen Zahlungen für Gas und Elektrizität für alle länger als acht Wochen Erwerbslosen.
6. Niederlegung aller aus Wohlfahrtsmitteln gewährten Unterstützungen.
7. Gewährung von kostenloser Kleidung für alle langfristigen Erwerbslosen und deren Angehörigen.
8. Regelmäßige Abgabe von Gutscheinen an alle Erwerbslosen zum Empfang von Lebensmitteln und Feuerung sowie insbesondere zur Sicherung von Milch für die Kinder der Erwerbslosen.
9. Gewährung freier Ein- und Rückfahrt zur Stempelstelle und bei Vermittlung.
10. Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse und ihre Einziehung zu den Beratungen aller Erwerbslosenkongferenzen in den kommunalen Körperschaften.
11. Ausreichende Räume für Arbeitsvermittlung und Verfügungstellung von Räumen für die Arbeit und die Auskultivierung der Erwerbslosenausschüsse.

Der Mörder der Krüsten verhaftet?

Die Einheits-Konferenz in Breslau

Der gute Besuch der Bezirkskonferenz der Einheitsfreunde Schlesiens, die am vergangenen Sonntag in Breslau stattfand, bewies, daß in Schlesien die Arbeiterschaft dabei ist, eine Einheitsfront zu schaffen.

Die Konferenz war sich einig, daß für Schlesien einheitlich gearbeitet werde, indem sich alle Ortsgruppen als „Komitee für internationale Gewerkschaftsarbeit“ bezeichnen sollen.

Der Mord auf der Landstraße noch unaufgeklärt

Die Polizei schreibt: Die Hausangestellte Grabisch hat am Sonntag den Zug der Kleinbahn Breslau—Zdunitz um 18,45 Uhr in Breslau bestiegen. Man kann daher annehmen, daß sie um 19,08 Uhr in Zidunitz eingetroffen ist.

1. Wer hat die nachstehend beschriebene Grabisch im Zuge gesehen? — 24 Jahre alt, etwa 1,60 groß, dunkles Haar, bellerbet mit hellem Glodenhut, dunkelbraunem Flaummantel, grünem Seidenkleid, schwarzen Strümpfen und schwarzen Halbschuhen.

Die Eingemeindungsverhandlungen wieder vertagt

Der Gemeindevorstand des Preussischen Landtags sollte am Dienstag die Beratung des Gesetzentwurfs über die Erweiterung des Stadtkreises Breslau beginnen, die schon am 2. Februar stattfinden sollte.

Eine gemeine Denunziation

Vor einigen Tagen wurde die Hausangestellte Rogmann auf Grund der Denunziation ihres eigenen Bruders wegen Abtreibung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.

Es handelt sich bei dem Verurteilten um jenen Mann, der letzterzeit wegen angeblicher Ermordung der Witwe Michling in Klein-Mochbern verhaftet wurde, und gegen den das Nordverfahren noch immer schwebt.

Hundertzwanzig Ladendiebstähle

Vor dem Schöffengericht stand der Damenschneider Gantke wegen Ladendiebstahls. Dieser soll zugegeben haben, 120 derartige Diebstähle begangen zu haben.

Von der Straßenbahn. Vom 17. bis 23. Februar verkehren nachts die Straßenbahnlinien 1 C (Jahrhunderthalle—Leßingbrücke—Ring—Wachtplatz) und 18 C (Jahrhunderthalle—Freiheitsbrücke—Feldstraße—Hauptbahnhof—Sonnenplatz) mit einer Wagenfolge von 20 Minuten. Fahrpreis 40 Pfennige.

Eine Leiche angefahren. Am Montag wurde die Hausangestellte Frieda R., Lauenburgerstraße 6 wohnhaft, aus der alten Ober an der Schwarzwasserbrücke als Leiche gelandet.

Ford betrogen. Ein in der hiesigen Werkstatt der Fordwerke beschäftigter Ingenieur hat mehrere tausend Mark unterschlagen. Er wurde verhaftet.

Schauspielhaus. „Der Jarewitsch“. Franz Lehár ist der erfolgreichste und populärste zeitgenössische Operettenkomponist. Leider hat er im „Jarewitsch“ von Wesa Benbach und Hans Reicher ein Talent an einem unruhigen und untauglichen Objekt gestiftet.

Wie wir erfahren, wurde am Dienstagmorgen im Hause Krullstraße 8 her unter dem Spitznamen „Polnischer Heinz“ bekannte Zuhälter unter dem Verhaftet verhaftet, die in demselben Hause wohnhaft gewesene Marie Krüsten ermordet zu haben.

Wie und die Kriminalkommission auf Anfrage mitteilt, ist

das Beweismaterial allerdings noch nicht so schlüssig, daß von einer Ueberführung des Verhafteten gesprochen werden kann. Weitere Ermittlungen sind im Gange.

Die „Neuesten Nachrichten“ durch Kommunisten stillgelegt?

Die gesamte bürgerliche Presse von gestern bringt einen von der Redaktion der „Neuesten Nachrichten“ übermittelten Artikel zu dem Nichterscheinen des Anassa-Anzeigers. Dabei wird die Behauptung aufgestellt, der Streik in den „Neuesten Nachrichten“ wäre „von kommunistischer Seite inszeniert“.

Nicht plötzlich und unerwartet kam der Geschäftsleitung die Lohnforderung der Hand- und Maschinenseher. Als vor einigen Wochen Vertreter der Berliner Direktion in Breslau waren, verhandelten diese mit der gesellschaftlichen Betriebsvertretung über eine Erhöhung der Leistungszulagen des technischen Personals.

am 24. Januar, auf die ungenügenden Leistungszulagen des übrigen technischen Personals hingewiesen. Am Sonnabend, dem 11. Februar, wurden zunächst die Handseher beim Betriebsrat vorstellig, um diesen zu veranlassen, bei der Geschäftsleitung zwecks Erhöhung der Leistungszulagen vorzusprechen.

Tariffschiedsgerichtsung, um den Konflikt beizulegen. Anders dachte der Direktor Otto Zugenhat. Noch während die Verhandlungen stattfanden, hatte er schon die

fristlosen Entlassungen für das Seherpersonal ausschreiben lassen, und dieses belam sie schon am Sonntagmorgen als Einschreibebrief in die Wohnung zugefickt. Die Drucker, die sich weigerten, eine nicht von den Sehern zusammen-gestellte zwölfwöchige „Notausgabe“ zu drucken, und die Cezprobotten, die mit einer Verlegung ihrer Arbeitszeit und Ueberstunden nicht einverstanden waren, wurden ebenfalls fristlos entlassen.

Heute morgen haben, offenbar auf Druck des Hauptvorstandes, die auf die Straße geworfenen Kollegen die Arbeit wieder aufgenommen. Maßregelungen haben zwar nicht stattgefunden, andererseits aber sind die Lohnforderungen der Belegschaft vorläufig nicht erfüllt worden, ebenso wie eine Bezahlung der Aussperrungstage nicht erfolgt ist.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele. „Der Sittlichkeits-Ver-ein.“ Die Moralprediger in der Kleinstadt sind nur in ihrem Ver-ein die wohlthätigsten Epischbürger. Wer eine lächerliche Wlamage der fetten Bürger einmal miterleben will, der besuche heute abend noch die Gewerkschaftshaus-Lichtspiele.

Mittelschlesien

Wrieg. Zum Hungertode verurteilt. Solange Obersekretär Röh auf dem hiesigen Arbeitsamt angestellt ist, nehmen die Klagen gegen ihn kein Ende. Was sich aber in den letzten Tagen hier wieder ereignete, übersteigt alles Dagewesene.

Achtung, Rotstandsarbeiter-Obleute. Sonnabend 19 Uhr bei Wind, Mariannenstraße 16, wichtige Obleute-Sitzung.

Achtung, Parteil Arbeiter! Donnerstag 20 Uhr Parteiarbeiterkonferenz für Breslau in den Gubertusälen, Friedrich-Wilhelm-Straße 32.

Versammlungskalender. Parteilveranstaltungen. Breslau. Agitprop-Abteilung. Heute Sitzung wegen Parteiarbeiterkonferenz verschoben.

Kommunistischer Jugendverband. Breslau. Nord. Donnerstag 20 Uhr in der Pestalozzischule, Michalakstr., öffentlicher Heimabend.

Roter Frontkämpfer-Bund. Münsterberg. Freitag 20 Uhr Kameradschaftsabend. Friedland. Sonnabend 20 Uhr Kameradschaftsabend. Ref. anwesend.

Sonstige Organisationen. Breslau. Arbeiterschützenbund. Sonntag 10—12 Uhr Uebungsübungen im Schießwerder.

Waldenburger Bergland Geschlagen, doch nicht besiegt!

Zu den Wahlen in Landesgut

Siegerstempel herrscht im Lager der Spießbürger. Der Abdruck ist vorbildlich, die Wahlergebnisse hat Ihre Stimme abgegeben, in der Mehrheit für die Bürgerliste. Die Wählerliste hat sich entschieden, wie ihr von der arbeitserfreundlichen Presse, die fast in jedem Haushalt zu finden ist, von der riesenhaften Fülle des Bürgerblocks und von den Rangziffern in der Kirche suggeriert wurde: für die Liste der Arbeiter, Arbeiter-Block. Es stimmten für die Bürgerliste 3411, für die Sozialdemokraten 1498 und für die Kommunisten 1027. Das Stimmenverhältnis bei den früheren Wahlen war:

Bürgerblock SPD, KPD	3044	1719	1210
Stadtverordnetenwahl Juni 1923	3906	1195	1090
Reichstagswahl 4. Mai 1924	3852	1500	840
Reichstagswahl 7. Dezember 1924	2213	1100	656
Kreis- und Provinziallandtagswahlen 20. November 1925	3411	1498	1027
Stadtverordnetenwahl 12. Februar 1928			

Die Lebenshaltung im Lager der Spießbürger ist so groß, daß selbst jene Kreise verwundert fragen: „Wie ist das möglich bei dieser Vorklage, in welcher sich breite Bevölkerungsschichten, hervorgerufen durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und schlechte Bezahlung, befinden? Die Antwort muß lauten: Solange die Kapitalisten über die Produktionsfabriken und den gesamten Beeinflussungsapparat verfügen, werden die Bürger noch oft solche „Siege“ erringen. In der „Vergewaltigung“ wird behauptet, die Kommunisten seien schuld. Das schreibt dieselbe „Vergewaltigung“, die sonst immer behauptet, die kommunistische Presse erscheine unter Ausschluß der Öffentlichkeit, und in kommunistischen Versammlungen seien immer nur ein Väterchen Personen zu finden. Ein jeder, der sich tiefer mit dem vorliegenden Wahlergebnis beschäftigt hat, kommt zu dem Erkenntnis, daß die Aufrüstungsarbeit über die wahren Bestrebungen des Bürgerblocks sich gegenüber dem Wust von lächerlichen Artikeln in der bürgerlichen Presse, der suggestiven Einwirkung der massenhaften Reklame und der Beeinflussung durch die Kirche als zu schwach erwiesen hat. Die bürgerliche Presse wurde angespornt, wie sie selbst zugibt, durch die Drohungen des Herrn Schiller, der es nicht fertig brachte, zu verheimlichen, daß bei einer Arbeitermehrheit im Parlament die Einnahmequelle der amtlichen Bekanntmachungen für die bürgerliche Presse versiegen würde. Wie eine Bombe hatte die Veröffentlichung über den Zusammenbruch der Waldenburger Bauhütte gewirkt und Herr Schiller und seine Freunde begreifen nicht, daß diese Kunststücke eben nur der verfallenden Klasse in der demokratischen Republik gestattet sind. Die Kommunisten haben sich brav geschlagen, sie haben alle Kräfte angeordnet, und wenn ihr Ziel, ein rotes Landesgut, nicht erreicht wurde, so wissen sie, daß sie den Kopf nicht in den Sand zu stecken haben, wie das „Tageblatt“ behauptet, sondern, daß sie arbeiten werden für die Stärkung der revolutionären Arbeiterbewegung. Für den Herauswurf der Bürgerpresse aus den Arbeiterwohnungen. Für die Erhöhung der Abonnentenzahl unserer Presse. In jedes Arbeiterhand die „Arbeiter-Zeitung“. Für die Stärkung der kommunistischen Partei und den Sieg der proletarischen Revolution! — Dann wird Landesgut dauernd rot sein!

SPD-Genossen gegen den SPD-Landrat Franz

Aus dem Gemeindepalast in Charlottenbrunn. — Praktische Arbeit des kommunistischen Vertreters.

Am 9. Februar fand in Charlottenbrunn die zweite Gemeindevertreterversammlung dieses Jahres statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Genosse Rose den Antrag, die Neugruppierung der Beamten und Angestellten in der öffentlichen Sitzung zu verhandeln. Diesem Antrag wurde stattgegeben. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, wurde eine Kommission gewählt, die die Sache erst vorberaten soll. Vom 1. April ab sollen Wasserwerke eingebaut werden. Es gab ein Hin und Her, wer sie einbauen und bezahlen soll. Die einheitlichen Wasserwerke sind von dem Wasserwerk angekauft und eingebaut worden, Wasserwerkgebühren werden nicht erhoben. Diese sollen mit im Wasserpreis enthalten sein. Darauf wurde Kenntnis genommen von der Ablehnung des Antrages auf Verlängerung der Wohnsitzzwangsverwaltung durch den sozialdemokratischen Landrat Franz. Ein SPD-Vertreter stammelte einige verlegene Worte, „er könne jenes vom Landrat nicht verstehen“. Auch die beiden Mieterkomitees hüllten sich in Schweigen. Genosse Rose wollte nochmals alles auf und zeigte an Hand von praktischen Beispielen, was dies für Folgen für die Mieterenschaft und kleinen Hausbesitzer hat und stellte den Antrag, gegen den Entscheid des Landrats Einspruch bei der Regierung zu erheben, was mit acht gegen sechs Stimmen auch beschlossen wurde. Es gab bei der SPD lange Geheißer, da sie gegen ihren Genossen Franz vorgehen mußten. — Zu der für dieses Jahr vorgesehenen Pflasterung der Hauptstraße kann es noch nicht kommen, weil die Provinz kein Geld hat. Unter Punkt Verschiedenes waren von dem Genossen Rose folgende Anträge eingegangen, die der Gemeindevorsteher auf der Landgemeindeversammlung in Schreiberhau stellen und vertreten soll:

1. Der Landgemeindevorsteher solle bei der Reichsregierung dahin wirken, daß die Anteile zur Einkommensteuer von 75 wieder auf 90 Prozent erhöht werden.
2. Sämtliche Laster, die durch das neue Schulgesetz entstehen, sind kostenlos vom Reiche zu tragen.

Die Anträge fanden einstimmige Annahme.

Das ist ein Sanitätsauto. Von mehreren Bemohnern des Kirchplatzes wird uns geschrieben: Wir berichteten vorige Woche über einen Unfall, wonach auf der Lutherstraße ein Kind vom Auto der Sanitätskolonne umgefahren wurde. Die „Sollzeitung“ berichtete ebenfalls darüber und erhielt vom Arzt der Sanitätskolonne eine Berichtigung angehängt, obwohl nichts zu berichtigen war. Darin die Berichtigung auf das Auto der Sanitätskolonne aufmerksam gemacht, wird uns folgendes mitgeteilt: In Hirschwinkel magte dieser Tage ein Kranken abgeholt werden. Dazu wurde das Auto der Sanitätskolonne gerufen. Obwohl eine Viertelstunde Zeit war, um den Wagen ohne den Kranken umzuordnen, wurde dies von dem Chauffeur nicht getan; erst nachdem der Kranke im Wagen lag, hielt es der Führer deselben für notwendig, umzuordnen. Doch dies hätte weiter nichts auf sich, wenn es ordnungsgemäß und ohne Schuldigung des Kranken vor sich gegangen wäre. Daß dem nicht so war, bewies die helle Empörung der Anwohner des Kirchplatzes. Eine volle Viertelstunde wurde gebraucht, um den Wagen umzuordnen und dabei wurde zehn- bis zwölftmal auf den Bürgersteig gefahren. Dadurch erhielt der Wagen beim Auf- und Abfahren vom Bürgersteig sehr starke Stöße, die bestimmt nicht zum Vorteil des Kranken waren. Als der Wagen nun endlich umgedreht war, fuhr der Führer noch zu allem Unglück an einem Baum! Es hätte nicht viel gefehlt, so wäre dem Wagenfahrer eine Tragödie ereignet worden. Wenn öfters Kranke so „behandelt“ werden, kann man sich bald nicht mehr trauen, einen Kranken mit dem Krankenauto wegzufahren zu lassen.

Obere Revier
Kurfest. Am Donnerstag, dem 16. Februar, findet im Gasthaus „Zum Rauhauß“ um 19 Uhr die Fortsetzung des Kurfestes über das Ausmaß der Beteiligung der Kollegen, die für die Freilassung von Max Hoelz eintreten. Es wurde eine Resolution angenommen, die verlangt, daß das Wiederaufnahmeverfahren für Max Hoelz auf dem schnellsten Wege erledigt wird, um seine Freilassung zu erreichen. Am Schluß der Versammlung konnte die rote Hilfe 37 Neuaufnahmen buchen.

Schweidnitz
Jahresversammlung der Freien Eltern. Die Freie Elternvereinigung hielt am Freitag im „Schwarzen Hahn“ ihre Jahresversammlung ab, die außerst gut besucht war. Schulleiter Dammann-Altwasser hielt einen interessanten Vortrag über die Errichtung und den Ausbau der weltlichen Schule. Bei allen Anfängen sei eine Notwendigkeit vorhanden, die aber später verschwindet. In der Frage des Reichsschulgesetzes sei die unglückliche Zusammenfassung des Reichstages zu bedenken. Die Aufgabe der weltlichen Schule ist, die Kinder zu tüchtigen und brauchbaren Menschen zu erziehen und sie nicht auf ein besseres Zeitalter zu verstoßen. Dem Vortrag folgte eine große Aussprache, nach der durch Schulfreunde Herda und Wolf in kurzen Worten der Jahres- und Kassenbericht gegeben wurde. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: erster Vorsitzender Schulfreund Herda, zweiter Kleinert; Kassierer Wolf; Schriftführer Sievert; Revisor Wuttke und Melzer. In den Aktionsausschuß wurden die Schulfreunde Wuttke, Köppler, Sievert, Kleinert und Günther gewählt.

Striegau
Am Montag, dem 20. Februar, um 19.30 Uhr, spricht Genossin Franke Hoelz in einer öffentlichen Versammlung der roten Hilfe in der „Mierquelle“, Gräben. Einer sage es dem andern! Sorgt für Massenbesuch!

in Benzig lassen sich nicht einschüchtern, sie wissen, daß das Zusammenhalten der Benziger Arbeiter ihnen Schreck eingebracht hat. Nur erst recht, Arbeiter Benzigs, verstärkt die rote Front, dann werden diese Herrschaften sich völlig in die Hosen machen.

Dachstuhlbrand in Mogs. Im Wirtshaus beim Oberhof (Wesber Kriegsinvalide Herich) brach im Dachstuhl Feuer aus, das durch das rasche Eingreifen der Mogsler Feuerwehr, die mit vier Leitungen den Brand bekämpfte, auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Ein größerer Schaden ist nicht entstanden.

Grünberg
Der nächste „Sühntag“ beschränkt. Nach einer Verfügung des Regierungspräsidenten wird jetzt in verschiedenen Lokalen auf den Grünberger Höhen die „Damenbedienung“ unterbunden. Der Ort soll in der großen Verbreitung der Geschlechtskrankheiten zu suchen sein. So sind nach einer Statistik von 30 Kellnerinnen die Hälfte geschlechtskrank und drei verdächtig gewesen. Der andere Teil hat sich der Untersuchung entzogen. Wirklich, ein trauriges Bild!

Sagan
Tagebuch. Die Saganer Reichswehr ist Anfang dieser Woche zu einer Übung nach Frankfurt a. M. ausgerückt, die ungefähr acht Tage dauern soll. Das ist an und für sich kein weltbewegendes Geschehen, doch wollen wir im Zusammenhang damit etwas anderes, das dem „republikanischen“ Nimbus der Reichswehr einen argen Stoß versetzen könnte, kennezeichnen: Ein paar Wochen vor Weihnachten wurde in der Reichswehrkaserne ein Telephongespräch belauscht, wonach die Reichswehr in der kommenden Wahlzeit auf verschiedene Stellen im Reich konsentriert wird. Als Standort der Saganer Reichswehr wurde Berlin-Moabit genannt. Diese Tatsache zeigt, daß die deutsche Bourgeoisie gar nicht abgeneigt ist, muskellastige Methoden bei der Wahl anzuwenden. Aber Wahrscheinlichkeit nach wird diese Meldung von der bürgerlichen Presse demontiert werden, doch Tatsachen lassen sich nicht wegleugnen.

Die Leser unseres hiesigen Käseblättchens, das solch wunderbare Fähigkeiten im Schwimmbereich entwickelt, daß es selbst nicht mehr weiß, was und wieviel es schon zusammengeschwimmelt hat, können uns tatsächlich leid tun. Wir erinnern uns der Klauhandbege, die anlässlich der angeblichen „Verbannung“ Kroptis gemeinsam mit der „Sölliker Volkszeitung“ einsetzte. Heute kann der erkaufte Arbeiter lesen, daß Kroptil mit 70 Gepäckstücken im Extrazuge an seinem „Verbannungs-ort“ angekommen ist. Vielleicht erzählte uns Herr Kitzelmann einmal, wo er ein Land zu finden ist, in dem eine „Verbannung“ so human ist und das dem Verbannten gestattet, eine ganze Wagenladung von Gepäckstücken mitzunehmen. Wir glauben, besser konnte sich die bürgerliche Zeitung nicht ins eigene Gesicht schlagen.

Am vorigen Freitag hatte die SPD, zu einer Sympathisierenden-Versammlung aufgerufen, die, obwohl einige politische Versauerten eifrig dagegen agitierten, doch einen sehr guten Besuch aufwies. Von 70 eingeladenen Arbeitkollegen waren 58 erschienen, um von der Genossin Hajne-Breslau etwas über das Leben der russischen Arbeiter und Bauern zu hören. In ihrem zweiwöchigen Referat hatte die Genossin Hajne alles das gesagt, wonach der deutsche Arbeiter hungerte, und der stürmische Verlauf am Schluß ihrer Ausführungen bewies, wie tief der kommunistische Gehalt in den Arbeitern verwurzelt ist. Der Erfolg dieses Abends waren zehn Neuaufnahmen für die Partei. Und dieses in einer Zeit, wo ein politischer Maulheld in der „Sölliker Volkszeitung“ etwas von „Abbröckeln“ schreibt. Wir nehmen es ihm nicht übel, daß bekanntlich niemand dafür kann, daß er geistig zurückgeblieben ist.

Sonntag früh 8.30 Uhr versammelten sich sämtliche KPD-Kameraden und Parteigenossen an der Post zum Ausmarsch nach Malsch. Die Kapelle muß vollständig erscheinen.

Bunzlau
Eine schädliche Gründung. Am 11. Februar fand in der „Stadt Bunzlau“ die Gründungsfeier eines „Arbeiter-Musik- und Theater-Vereins“ statt. Von irgendwelchen Darbietungen im Sinne der Arbeiterbewegung war jedoch nichts zu hören. Zur Aufführung gelangte eine Operette „Das Luxusweibchen“, derselbe Müßiggang, wie er in den bürgerlichen Vereinen geboten wird. Der Sprecher des Vereins, Herr Hüllstein, hielt eine sehr düstige Ansprache, die zugleich eine Rechtfertigung sein sollte. Er hob besonders hervor, daß der Verein unpolitisch wäre; jeder könne Mitglied werden, gleich welcher politischen Gesinnung er sei. (Stapfelm um. Können denselben auch beitreten.) Offenbar glaubt man unter dem Namen „Arbeiterverein“ die besten Geschäfte zu machen. Denn, obgleich Herr Hüllstein hervorhob, daß der Verein kein Klubverein sein solle, so ist das doch Tatsache. Arbeiter Bunzlau! Die KPD, und der KPD, kämpfen für euer Interesse, dort geht ihr hinein! Nehmt solchen Vereinen wie dem gegründeten den Rücken, da es nur auf eure mühselig erworbenen Groschen abgesehen ist. hinein in den KPD, und in die KPD!

Großfener in Lützen. Dienstag früh um 2.45 Uhr brach im Holzlager der hiesigen Zweigniederlassung der Firma A. Liehr und Söhne ein Brand aus, der sich innerhalb weniger Minuten zu einem Großfeuer ausbildete. Der Feuerchein war weithin sichtbar und führte auch einige ländliche Feuerwehren zur Brandbekämpfung herbei. Reiche Holzvorräte fielen den Flammen zum Opfer. Man vermutet böswillige Brandstiftung.

Niederschlesien

Görlitz
Das ist ein Sanitätsauto. Von mehreren Bemohnern des Kirchplatzes wird uns geschrieben: Wir berichteten vorige Woche über einen Unfall, wonach auf der Lutherstraße ein Kind vom Auto der Sanitätskolonne umgefahren wurde. Die „Sollzeitung“ berichtete ebenfalls darüber und erhielt vom Arzt der Sanitätskolonne eine Berichtigung angehängt, obwohl nichts zu berichtigen war. Darin die Berichtigung auf das Auto der Sanitätskolonne aufmerksam gemacht, wird uns folgendes mitgeteilt: In Hirschwinkel magte dieser Tage ein Kranken abgeholt werden. Dazu wurde das Auto der Sanitätskolonne gerufen. Obwohl eine Viertelstunde Zeit war, um den Wagen ohne den Kranken umzuordnen, wurde dies von dem Chauffeur nicht getan; erst nachdem der Kranke im Wagen lag, hielt es der Führer deselben für notwendig, umzuordnen. Doch dies hätte weiter nichts auf sich, wenn es ordnungsgemäß und ohne Schuldigung des Kranken vor sich gegangen wäre. Daß dem nicht so war, bewies die helle Empörung der Anwohner des Kirchplatzes. Eine volle Viertelstunde wurde gebraucht, um den Wagen umzuordnen und dabei wurde zehn- bis zwölftmal auf den Bürgersteig gefahren. Dadurch erhielt der Wagen beim Auf- und Abfahren vom Bürgersteig sehr starke Stöße, die bestimmt nicht zum Vorteil des Kranken waren. Als der Wagen nun endlich umgedreht war, fuhr der Führer noch zu allem Unglück an einem Baum! Es hätte nicht viel gefehlt, so wäre dem Wagenfahrer eine Tragödie ereignet worden. Wenn öfters Kranke so „behandelt“ werden, kann man sich bald nicht mehr trauen, einen Kranken mit dem Krankenauto wegzufahren zu lassen.

plan 1929 beschäftigen. Auch soll die Erhöhung der Unterstützungssätze für E.-K.-Renten-Inhaber besprochen und genehmigt werden. Als Schlusspunkt steht eine Interpellation, die Reichsträger als „Einbahnstraße“ betreffend, über die wir bereits unsere Leser unterrichtet.

Verpflicht vor Taschendiehlen! Schon des öfteren weisen wir darauf hin, daß auf dem Markt nicht genug aufgepaßt werden kann, wenn man nicht sein Geld loswerden will. Es wurde auch auf dem Markt ein junger, 17 Jahre alter Bursche von einem Mann der Polizei übergeben, der versuchte, einer Landfrau die Handtasche zu entwenden. — In Dörsch-Ostig wurde am 4. Februar ein schwarzes Herrenjahrbuch gestohlen.

Nachtstahl. Auf einem Grundstück Haardwerk 13 wurde ein Stück Dachziegelstahl gestohlen. — In der Nacht zum 27. Januar wurde in der Grube „Erika“ ein Parallelgrammstahl gestohlen. Derselbe trug die Buchstaben M. J. R. und war in roter Farbe gefirnisht.

Ein Direktor aus dem Häuschen geraten. Auf den Adler hat es in Benzig gibt es einen Direktor F. B., der Arbeitern mit Entlastung droht wegen Besuch öffentlicher Versammlungen. Ein Genosse machte sich durch einen Vertreter von der Arbeit frei, um der wichtigsten Versammlung für Lehrer H. H. beizuwohnen zu können. Eines Tages kam der Direktor F. B. in die Hütte und brüllte den Genossen an: „Sie waren in der „Krone“ zur Versammlung. Wenn Sie zu diesem Zwecke noch einmal weggehen, brauchen Sie erst gar nicht mehr empfangen.“ Nun, Herr Direktor, die Arbeiter

Hagnau
Mütter sollen zur Arbeit gezwungen werden. Ein nobler Arbeitgeber ist der Gutbesitzer Kretschmer. Er beschäftigt auch mehrere Frauen, wovon eine im Winter jedes Jahr stempeln geht. Als es nun gerade dem Herrn Kretschmer paßte, wollte er die Frau, die stempeln geht, auf einen Tag in Arbeit haben, was die Frau nicht konnte, da ihr Kind im Alter von einundzwanzig Jahren krank war. Doch das war für Kretschmer keine Entschuldigung. Was tat dieser Gutsherr und Stahlschmiedemann? Er beschwerte sich auf dem Arbeitnamens und ließ der armen Frau die Unterstützung sperren. Doch auch die Frau suchte sich ihr Recht und somit kam die Sache vor den Verwaltungsausschuß. Der Frau mußte ihr Recht zugesprochen werden und sie erhielt weiter ihre Unterstützung. Was natürlich Herr Kretschmer an die Mieren ging, so daß er meinte, „da könnte ja jeder stempeln gehen.“ Edog die paar Pfennige Erwerbslosenunterstützung werden den Arbeitern nicht gegönnt, wo doch der Arbeiter die Beiträge bezahlt. Arbeiterfrauen von Hagnau, hier ist wieder ein Fall, wo auch ihr die Augen offen halten müßt! Seht euch die Leute an, die es wagen, trotz Krankheit der Kinder die Mütter zu zwingen, auf Arbeit zu gehen!

Aus dem Riesengebirge
Aus dem Zuge gestürzt. Am Dienstag gegen 18.15 Uhr stürzte ein Reisender aus Hirschberg kurz vor Rabitzhau aus dem fahrenden Zuge und zog sich eine schwere Kopfverletzung und einen Armbruch zu. Er wurde mit dem Zuge mitgenommen und in das Graubühler Krankenhaus eingeliefert.

Tänze des Schmiedeberger Reichsbanners. Vor kurzem feierte das Reichsbanner sein Wintervergügen. Der Vorsitzende „bewies“ in seiner Ansprache das „Müssen und Gebieten“ der Republik und des Reichsbanners damit, daß die Schmiedeberger Bürger das Fest verschönern hätten durch die zahlreichen Geschenke zur Verlosung. Zur Aufführung gelangte das Theaterstück „Reichsbanner auf der Wacht“. Das Reichsbanner wird es nicht nötig haben, wie es im Theaterstück geschah, die Republik gegen die Reichsbannerorganisation zu schützen; denn diese haben ja in der Republik das, was sie brauchen.

Achtung! Am kommenden Sonntag, früh 7.30 Uhr, treten alle Partei-, KPD, KZ, KZ, und KZ-Mitglieder zum Landesausschuß nach Königshain an. In Königshain selbst findet eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse August Keimann-Breslau sprechen wird. Beteiligt euch alle an dem Ausschuss!

Am Sonnabend
er scheint regelmäßig unsere verstärkte, inhaltlich verbesserte Wochenausgabe. Alle Ortsgruppen und Kolportage müssen mit verstärkter Energie ihren

Verkauf organisieren!